Bevölkerungsforschung *Aktuell*

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 2 • 2018
39. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

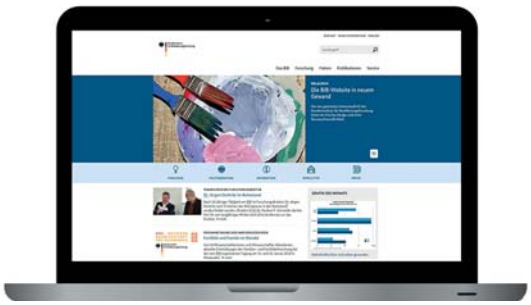
für die demografische Forschung liefert die deutsche Wiedervereinigung nach wie vor wertvolle Erkenntnisse über die Wechselwirkungen zwischen veränderten sozialen, ökonomischen sowie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und demografischen Prozessen. Erstmalig trafen 1990 zwei vollkommen unterschiedlich sozialisierte Gesellschaften und Kulturen aufeinander, die sich auch in vielen demografischen Verhaltensweisen unterschieden. Dabei kam es besonders in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung gerade in Ostdeutschland zu extremen Veränderungen in der demografischen Entwicklung. Zugleich ließen sich aber bereits schnell (zum Beispiel bei der Fertilität) deutliche Anpassungsprozesse an das westdeutsche Muster erkennen. Trotz dieser konvergierenden Trends in manchen Bereichen gibt es aber auch nach 28 Jahren noch prägnante Unterschiede und Verschiebungen, etwa bei der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland. Dieser historisch und gesellschaftlich außerordnetlich interessante Wiedervereinigungsprozess ist im Rest der Welt nicht unbemerkt geblieben. So betrachtet Südkorea das deutsche Geschehen vor allem im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung mit großem Interesse. Schließlich gibt es in beiden Koreas den politischen Willen, die Halbinsel wiederzuvereinigen. Dabei lassen sich durchaus Parallelen in manchen Bereichen ziehen, auch wenn die deutsche Wiedervereinigung als global singuläres Ereignis betrachtet werden muss. In ihrem Beitrag untersuchen Bernhard Köppen und Bernhard Gückel daher, inwieweit sich die demografische Entwicklung Deutschlands seit 1990 als Modell für eine mögliche Wiedervereinigung in Korea eignet.

Dr. Evelyn Grünheid,
Forschungsdirektorin im BiB

Deutschland als demografisches Modell für Korea? Demografischer Wandel und Wiedervereinigung

Mit der Wiedervereinigung 1990 hat Deutschland seine Trennung in West und Ost politisch endgültig überwunden. Im Falle Koreas steht dieser Prozess noch aus. So ist die Halbinsel nach wie vor in einen Nord- und Südteil gespalten. Klar ist dabei, dass eine mögliche Wiedervereinigung zu gravierenden Veränderungen der demografischen Entwicklung in beiden Staaten führen wird. Daher richtet sich vor allem in Südkorea der Blick auf die demografischen Veränderungen in Deutschland seit der Wiedervereinigung und die mögliche Übertragbarkeit gewonnener Erkenntnisse. Die vergleichende Analyse zentraler demografischer Faktoren beider Nationen offenbart vor allem, dass eine koreanische Einheit aus demografischer und sozialpolitischer Perspektive ein insgesamt schwierigeres Unterfangen werden wird als die Folgen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. ➡ *Seite 2*

Neue Homepage des BiB online



Die Homepage des BiB wurde komplett neu gestaltet. Die aktuelle Version bietet nun ein zeitgemäßes responsives Design, das sich automatisch an die Displaygröße der jeweiligen Endgeräte wie Tablets oder Handys anpasst. Eine geänderte Benutzerführung sorgt nun für mehr Übersichtlichkeit und erleichtert den Zugang zu den Themen des Instituts. Schon beim ersten Besuch der Seite fallen auch die inhaltlichen Änderungen ins Auge: So besteht nun die Möglichkeit, mehrere Themen von besonderem Gewicht parallel als Top-Themen am Kopf der Seite zu präsentieren. Hinzu kommen ständige Rubriken mit einem festen Platz wie etwa die Publikationen des BiB, die Grafik des Monats, das Demografieportal sowie die Zeitschrift „Comparative Population Studies“. Ergänzt wird das Angebot mit ständig wechselnden demografischen Zahlen und Fakten. Hinzu kommt ein Zugang zu den Daten der Surveys des BiB. Diese Erhebungen stehen allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Verfügung. ➡ *www.bib.bund.de*

Bernhard Köppen (Universität Koblenz-Landau); Bernhard Gückel (BiB)

Deutschland als demografisches Modell für Korea? Demografischer Wandel und Wiedervereinigung

Sowohl Deutschland als auch Korea haben trotz markanter kultureller, gesellschaftlicher und politischer Unterschiede wenigstens eine historische Erfahrung gemeinsam: Beide gerieten im Gefolge des Zweiten Weltkrieges und des sich daran anschließenden sogenannten Kalten Krieges in einen politischen Prozess, an dessen Ende die Teilung in zwei Staaten stand. Mit der Wiedervereinigung 1990 hat Deutschland seine staatliche Trennung in West- und Ostdeutschland letztlich überwunden. Dies gilt nicht für Korea: Noch immer ist die Halbinsel in einen Nord- und Südteil gespalten. Wenngleich es Phasen der sachten Annäherung wie auch erneuter Verhärtung der Trennung gibt, bleibt der Wunsch einer vereinigten Nation zentraler Aspekt offizieller süd- wie nordkoreanischer politischer Rhetorik. Vor diesem Hintergrund besteht vor allem aus südkoreanischer Hinsicht großes Interesse an der demografischen Entwicklung Deutschlands seit 1990 als mögliches Vorbild zur Abschätzung bevölkerungsbezogener Veränderungen im Falle einer möglichen Wiedervereinigung.

Der Fall Deutschlands sowie die fast zeitgleich ablaufenden Prozesse in den Staaten Zentral- und Osteuropas haben gezeigt, wie unerwartet grundlegender Wandel eintreten kann. Angesichts dieser Erkenntnis stellt sich die Frage, inwieweit die deutschen Erfahrungen gewissermaßen als „Blaupause“ für den Umgang mit den demografischen Folgen einer eventuellen Grenzöffnung oder gar Wiedervereinigung in Korea nützlich sein können. In einem gemeinsamen Forschungsprojekt haben das nationale demografische Institut KIHASA der Republik Korea sowie das BiB zunächst die demografische Situation Deutschlands und Koreas analysiert sowie in einem zweiten Schritt die mögliche Übertragbarkeit einzelner Erkenntnisse auf ein koreanisches Szenario diskutiert. Die Buchveröffentlichung des BiB als Ergebnis der koreanisch-deutschen Zusammenarbeit mit dem KIHASA bildet die Grundlage für diesen Beitrag (siehe Kasten). Zunächst wird der Blick auf die Folgen der Wiedervereinigung für die Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Deutschland gerichtet und vor allem im Hinblick auf ihre längerfristige Beständigkeit überprüft. Unter Berücksichtigung der zum Teil nur rudimentär vorliegenden Informationen zu Nordkorea sowie südkoreanischer Strukturdaten wird abschließend diskutiert, in welchen Bereichen der demografischen Entwicklung das deutsche Modell mögliche Handreichungen liefern kann.

Das Buch

Bernhard Köppen; Norbert F. Schneider:
Demographics of Korea and Germany. Population Changes and Socioeconomic Impact of Two Divided Nations in the Light of Reunification.

Barbara Budrich Publishers
Opladen 2018.

1. Deutschland

1.1 Zwei Bevölkerungen werden eins: Deutschland

Mit dem Fall der Mauer 1989 und der daran anschließenden Wiedervereinigung trafen zwei Bevölkerungen aufeinander, die sich in ihrer Entwicklung und Struktur grundsätzlich unterschieden. Die seitdem voranschreitende Entwicklung im Vereinigungsprozess und der damit verbundene kulturelle Umbruch besonders für die ostdeutsche Bevölkerung hat der Wissenschaft die Möglichkeit geboten, Zeuge einer historisch nahezu einmaligen Experimentalsituation zu werden. Denn derartige kulturelle Umbrüche mit einem solch tiefgreifenden sozialen und politischen Wandel kommen auch in langfristiger historischer Perspektive eher selten vor. Angesichts der unterschiedlichen Systeme in West- und Ostdeutschland (und damit unterschiedlichen Werten und Einstellungen) wurde davon ausgegangen, dass dies auch Konsequenzen für demografische Parameter haben dürfte. Dies zeigte sich bereits nach dem Mauerfall, als relativ schnell vom „demografischen Schock“ oder vom „sozio-strukturellen bzw. sozio-kulturellen Umbruch“ in den Neuen Ländern gesprochen wurde. Dazu zählten neben einem starken Einbruch der Geburtenzahlen vor allem auch massive Abwanderungsbewegungen nach West-

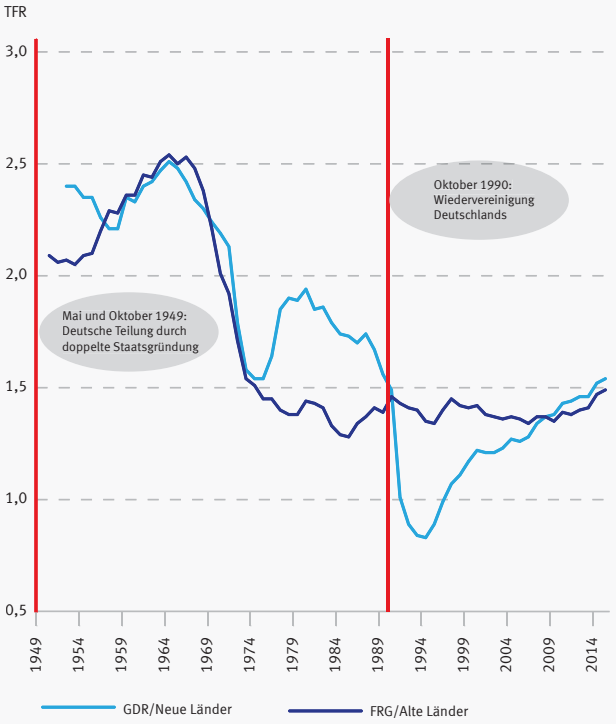
Im Fokus: Fertilitätsentwicklung in Deutschland und Korea im Vergleich

Seit der Wiedervereinigung weist Deutschland kontinuierlich in allen Regionen eine Fertilität unter dem Reproduktionsniveau auf. Deutschlandweit wurde der niedrigste Trend mit 1,2 Kindern je Frau im Jahr 1994 gemessen. Danach erfolgte eine Annäherung der Werte zwischen Ost- und Westdeutschland. Mittlerweile liegt das ostdeutsche Geburtenniveau wieder leicht über dem westdeutschen.

Betrachtet man die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer (TFR) in allen Bundesländern seit 1991, so lässt sich eine Abfolge von Rückgang und Zunahme in den ersten 15 Jahren nach der Wiedervereinigung feststellen. Dabei waren die letzten 10 Jahre eine Dekade eines zwar niedrigen, aber konstanten Anstiegs der Fertilität. Diese Entwicklung wird teilweise als Umsetzung von aufgeschobenen Geburten sowie als Ergebnis eines gestiegenen Durchschnittsalters der Mütter bei der Erstgeburt interpretiert.

Zumindest im Bereich des Fertilitätsniveaus hat sich somit im Zuge der Wiedervereinigung eine Konvergenz zwischen den beiden Teilen Deutschlands etabliert.

Abb. 1: Die TFR von Ost- und Westdeutschland von 1949 bis 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt © BiB 2018

Abb. 2: Die TFR von Nord- und Südkorea 1950 bis 2015

Quelle: United Nations 2017 © BiB 2018

Dagegen zählt Südkorea mit 1,17 Kindern je Frau zu den Ländern mit dem niedrigsten Fertilitätsniveau auf der Welt.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Als Hauptursachen werden ein gestiegenes Bildungsniveau der Frauen, die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, soziale Aktivitäten sowie ein Werte- und Einstellungswandel gegenüber der Familie und dem Kinderhaben genannt. Aus der südkoreanischen Perspektive muss auch künftig von einem sehr niedrigen Geburtenniveau ausgegangen werden.

Anders dagegen die Lage in Nordkorea: Die verfügbaren Daten der UN belegen zunächst einen ähnlichen Abwärtstrend der Fertilität in Nordkorea bis zu den frühen 1980er Jahren.

Ausgehend von einer durchschnittlichen TFR von 5,12 zwischen 1955-1960 erfolgte fast eine Halbierung auf 2,85 zwischen 1975-1980, das Niveau lag damit niedriger als in Südkorea (2,92) im gleichen Zeitraum. Seit diesem Zeitpunkt unterschied sich die Fertilitätsentwicklung in beiden Ländern. So ging in Nordkorea die TFR moderat zurück und blieb mit einzelnen Schwankungen bis heute auf einem geringfügig höheren Niveau als im Süden. Das offizielle Statistikamt Nordkoreas meldete für das Jahr 2014 eine TFR von 1,89 Kindern je Frau.

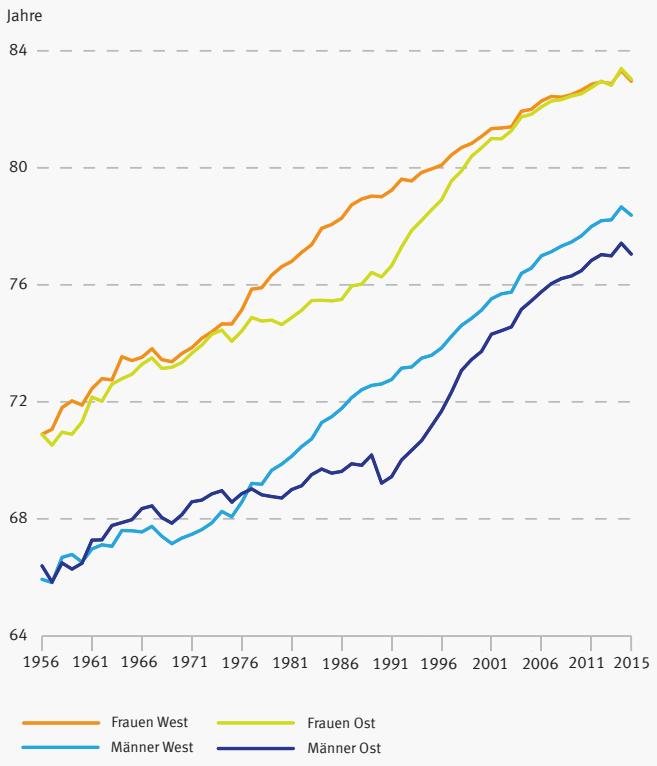
Im Fokus: Trends der Lebenserwartung in Deutschland und Korea

Deutschland

West- und Ostdeutschland erfuhren signifikante Unterschiede bei der Entwicklung der Mortalität in den früheren Jahrzehnten. Besonders zwischen dem Ende der 1970er Jahre und 1990 zeigte sich eine bemerkenswerte Lücke bei der Mortalität zulasten der DDR. Nach der Wiedervereinigung begann dieses West-Ost-Gefälle allmählich zu verschwinden. Verantwortlich für den Rückgang der vermeidbaren Sterblichkeit ist neben gesundheitlichen Einflüssen die verbesserte medizinische Versorgung in Ostdeutschland, die sich mittlerweile dem Niveau Westdeutschlands angeglichen hat. Heute gibt es bei der Lebenserwartung von Frauen praktisch keine Ost-West-Unterschiede mehr, sondern lediglich geringe Schwankungen zwischen den Bundesländern. Bei den Männern hingegen existiert noch immer ein Ost-West-Unterschied in der Lebenserwartung, im Osten liegt diese noch ungefähr ein Jahr unterhalb des westdeutschen Niveaus.

Dagegen hat sich mittlerweile ein leichtes Süd-Nord-Gefälle herausgebildet, das besonders auf regionaler Ebene sichtbar wird. So weist zum Beispiel Baden-Württemberg eine höhere Lebenserwartung als Schleswig-Holstein auf. Neben Ursachen wie höherem Tabakgenuss im Norden spielen hier vor allem auch die besseren sozioökonomischen Bedingungen in den südlichen Landesteilen eine wichtige Rolle.

Abb. 3: Durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlecht in Ost und Westdeutschland, 1956-2015



Quelle: Human Mortality Database (Online vom 29. März 2017)

© BiB 2018

Korea

Nord- und Südkorea unterschieden sich bei der Lebenserwartung von den 1960er bis zur Mitte der 1980er Jahre kaum. Die parallelen Trends einer steigenden Lebenserwartung begannen sich erst in den späten 1980er Jahren auseinanderzubewegen, eventuell begünstigt durch den steigenden sozioökonomischen Fortschritt in Südkorea. Zugleich erlebte der Norden in den 1990er Jahren extreme Hungersnöte, die zu einem Rückgang der Lebenserwartung Neugeborener beitrugen. So verringerte sie sich zum Beispiel zwischen 1993 und 2008 bei den Männern um 2,8 Jahre von 68,4 auf 65,6 Jahre und bei den Frauen um 3,3 Jahre von 76, 0 auf 72,7 Jahre. Dabei existiert nach wie vor ein signifikanter Stadt-Land-Gegensatz (70,5 Jahre in der Stadt versus 67,6 Jahre in den städtischen Gebieten). Insgesamt ist die Lücke bei der Lebenserwartung Neugeborener mit mehr als 10 Jahren Unterschied zwischen Nord- und Südkorea deutlich größer geworden.

deutschland. Bei der Suche nach Antworten auf die Frage, wie sich die Wiedervereinigung auf die Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt hat, lässt sich allerdings nicht immer unterscheiden, in welchem Ausmaß letztlich vorrangig die Vereinigung oder andere, parallele Einflüsse (wie zum Beispiel der Zweite Demografische Übergang) als Ursachen des demografischen Wandels seit 1990 angesehen werden können. Unbestritten sowie direkt an die Grenzöffnung gekoppelt ist jedenfalls, dass die ostdeutschen Länder nach dem Mauerfall einen ra-

Im Fokus: Binnenmigration in Deutschland nach dem Mauerfall

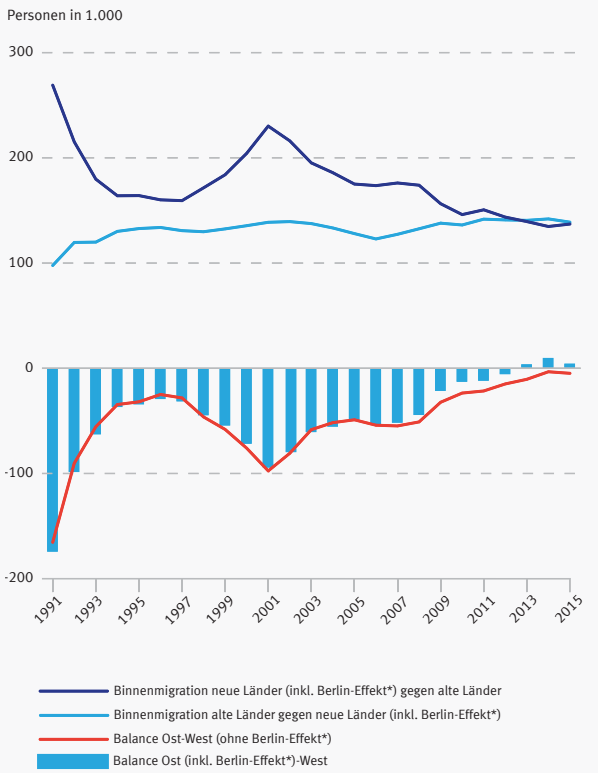
Die Migration zwischen den beiden deutschen Staaten hat das politische Geschehen in West- und Ostdeutschland bereits vor der Wiedervereinigung geprägt. Schließlich war einer der Hauptgründe für den Mauerbau 1961 die wachsende Welle ausreisewilliger DDR-Bürger. Und nicht zuletzt wurde das dramatische Geschehen im Jahre 1989 maßgeblich durch das Auswanderungsverhalten der Ostdeutschen bestimmt. Dabei ging es in erster Linie um die Abwanderung in eine Richtung – nach Westdeutschland bzw. in den Westen. Nach dem Mauerfall erfolgte ein regelrechter Abwanderungsstrom: So migrierten zwischen 1990 und 2015 mehr als vier Millionen Menschen von den „Neuen Ländern" nach Westdeutschland.

Im Prozess der Wiedervereinigung lassen sich dabei zwei Migrationswellen von Ost nach West unterscheiden: Eine erste Welle unmittelbar nach dem Mauerfall und eine zweite, die ihren Höhepunkt im Jahr 2001 hatte. Sie fiel zusammen mit einer schwierigen ökonomischen Situation in Ostdeutschland und verbesserten Berufsperspektiven im Westen. Dabei wanderten vor allem die jungen und hochqualifizierten Erwachsenen aus dem Osten ab.

Befürchtete man am Anfang einen demografischen Aderlass, der auch die Stabilität Ostdeutschlands gefährden könnte, so zeigt sich über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein weniger dramatisches Bild: Mittlerweile hat sich auch eine signifikante Gegenbewegung von West- nach Ostdeutschland (besonders seit der Jahrtausendwende) entwickelt, aber in der Gesamtschau bleibt natürlich noch immer eine zahlenmäßige Überlegenheit der Abwanderer von Ost nach West.

Trotz allem kann im Saldo heute von einem mehr oder weniger ausbalancierten Binnenmigrationsgeschehen zwischen Ost- und Westdeutschland gesprochen werden. Allerdings fällt die Wanderungsbilanz der einzelnen Bundesländer sehr unterschiedlich aus.

Abb. 4: Migrationsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland, 1991 bis 2015



* Berlin-Effekt: Wie die rote Linie zeigt, wären die ostdeutschen Verluste noch größer ausgefallen, wenn man die Umlandwanderungen von Berlin nach Brandenburg aus der Bilanz herausnimmt.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2017

© BiB 2018

piden Bevölkerungsrückgang und einen raschen Anstieg der Alterung durch eine niedrigere Geburtenrate und die massive Abwanderung nach Westdeutschland erfuhren. Ostdeutschland hat damit den für ganz Deutschland erwarteten Prozess der Schrumpfung und Alterung in den letzten 27 Jahren gewissermaßen im Zeitraffertempo sichtbar werden lassen.

1.2. Konvergenz und Divergenz

Wie hat sich die demografische Situation zwischen Ost- und Westdeutschland seit 1990, mehr als 25 Jahre nach dem „Fall der Mauer", entwickelt? Wie deutlich ist die strukturelle Trennlinie zwischen alten und neuen Ländern? Existiert „die Mauer in den Köpfen"? Wenngleich eindeutige Antworten hier kaum möglich sind, so lässt sich heute zumindest in Hinblick auf mehrere demografische Indikatoren eine Ost-West-Angleichung feststellen. Dies gilt allerdings nicht überall und auch nicht vollständig. Angleichung kann vor allem für Binnenmigration sowie die Fertilitäts- und Mortalitätsentwicklung konstatiert werden. Bereits ein Blick auf die regionalen Altersstrukturen hingegen lässt eine persistente Ost-West-

Divergenz erkennen. Die verstärkte Alterung in vielen ostdeutschen Regionen durch Geburtenausfälle und Abwanderung junger Menschen in den letzten Jahrzehnten hatte zudem negative Folgen für die öffentlichen Finanzen und Steuereinnahmen in Ostdeutschland. Dadurch wiederum schwinden beispielsweise die Spielräume für Investitionen in Infrastruktur und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Auch lassen sich zwischen alten und neuen Bundesländern kulturelle Unterschiede, Einstellungen und Verhaltensweisen ablesen, auch wenn die Tendenz zur Konvergenz hier sichtbar ist.

Längerfristig dürften ökonomisch bedingte lokale und regionale Unterschiede zum Beispiel zwischen Nord und Süd oder zwischen Stadt und Land die klassische Ost-West-Dichotomie ablösen. Dieses Nebeneinander von konvergierenden und divergierenden Elementen lässt sich theoretisch am besten unter dem Begriff Hybridisierung fassen: Starke konvergente Tendenzen gehen einher mit signifikanten und stabilen divergierenden Tendenzen in Ost- und Westdeutschland. Regionale und lokale Unterschiede erweisen sich – nicht nur im deutschen Kontext – auch trotz gesellschaftlicher Modernisierung und unter Einfluss der Globalisierung durchaus robust und werden lokal gegebenenfalls neu interpretiert, können sich aber auch komplett auflösen.

2. Korea: Große demografische Unterschiede zwischen Nord- und Südkorea

Wie sich die demografische Situation im Falle einer denkbaren Wiedervereinigung in Nord- und Südkorea entwickeln wird, lässt sich, und dies dürfte den interessierten Betrachter nicht erstaunen, nur vermuten. Gleichwohl bietet ein Blick auf die historische Entwicklung erste Anhaltspunkte für mögliche Perspektiven.

Die beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel sind seit mehr als sechs Jahrzehnten getrennt. Dabei war der überwiegende Teil dieser Ära durch schwerwiegende militärische und politische Spannungen und nur eine kurze Phase der Wiederannäherung („sunshine policy“ der frühen 2000er Jahre) charakterisiert. Für die Regierung Südkoreas sind friedliche Koexistenz, Stabilität und Offenheit in Bezug auf eine mögliche Annäherung gegenüber dem Nachbarn in Norden ganz zentrale Anliegen. Dies schließt auch eine mögliche Wiedervereinigung oder Gründung einer koreanischen Föderation mit ein. In diesem Kontext – und trotz wiederholter Rückschläge – bilden die Szenarien der Wiedervereinigung in Form einer Union zweier gleicher Partner bzw. einer schrittweisen Integration nicht nur eine Basis für akademische Debatten, sondern werden konkret als angewandte Politikberatung verstanden.

Ein Blick auf die Größenverhältnisse der beiden Bevölkerungen offenbart, dass nach den Zahlen der Vereinten Nationen im Jahr 2015 in Nordkorea 25 Millionen Menschen lebten. In der südlichen Republik Korea leben doppelt so viele Menschen: 50 Millionen. Damit ist das relative demografische Gewicht von Nordkorea im Falle einer Vereinigung höher als das der DDR im Vergleich zur alten Bundesrepublik. Dagegen zeigt die Fertilitätsentwicklung Ähnlichkeiten mit der deutschen Situation, allerdings sind die Differenzen erheblich ausgeprägter: So gehörte Südkorea im Jahr 2016 mit einer TFR von 1,17 Kindern je Frau zu den Ländern mit dem niedrigsten Fertilitätsniveau auf der Welt. Nordkorea erlebte bis Anfang der 1980er Jahre zunächst auch einen markanten Fertilitätsrückgang. Auch weiterhin scheint – den verfügbaren Daten zufolge – ein grundsätzlicher, aber eher schwach ausgeprägter Abwärtstrend zu bestehen. Im Vergleich zur Republik Korea hat sich die TFR in Nordkorea seit den 1980er Jahren auf einem stets höheren Niveau als in Südkorea bewegt und liegt mit 1,89 im Jahre 2014 deutlich über dem Kennwert für den Süden (siehe auch Kasten „Im Fokus: Fertilität“). Im Falle einer Grenzöffnung oder gar Wiedervereinigung könnte die Geburtenrate ähnlich dem deutschen Fall einen rapiden Rückgang erfahren und auf niedrigem Niveau verharren. Im positiven Fall ist es aber auch denkbar, dass die Fertilität einige Jahre nach diesem abrupten Abfall wieder auf das Niveau vor der Wiedervereinigung zurückkehrt.

Durch den verbesserten Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Nahrungsmitteln dürfte sich eine Wiedervereinigung positiv auf Lebenserwartung und Mortalität in Nordkorea auswirken. Seit den späten 1980er Jahren wurde die Lücke bei der Lebenserwartung von Männern und Frauen zwischen Nord- und Südkorea im Zuge des sozioökonomischen Fortschritts im Süden der Halbinsel immer größer (siehe dazu „Im Fokus: Lebenserwartung“). Erschwerend für die Demokratische Volksrepublik Korea im Norden waren hierbei vor allem auch Hungersnöte als Konsequenz von Naturkatastrophen sowie eines ineffizienten Wirtschaftssystems.

3. Hypothetische demografische Entwicklung eines geeinten Korea: Ein Szenario

Wenngleich sich das Beispiel Deutschland sowohl bezüglich der geopolitischen, sozioökonomischen als auch kulturellen Bedingungen sehr stark von der Situation auf der koreanischen Halbinsel unterscheidet und kaum als Modell taugt, kann die deutsche Erfahrung eine grobe Orientierung beim Entwurf demografischer Szenarien für ein hypothetisches, geeintes Korea bieten. So sind nicht alle demografischen Veränderungen direkt und ausschließlich an die jeweils spezifische kulturelle, politische und sozioökonomische Situation und ihre wechselseitigen Interdependenzen geknüpft, sondern oftmals durch universellen Muster bedingt (die dem menschlichen Verhalten innewohnen).

Somit lassen sich vier mögliche Hauptachsen der demografischen und sozialen Trends im Falle einer Wiedervereinigung bzw. einer schrittweisen Integration auf der koreanischen Halbinsel diskutieren.

3.1. Soziale Stagnation und weiter rückläufige Fertilität

Mit einem radikalen Systemwandel Nordkoreas im Zuge koreanischer Integration oder Vereinigung wäre wahrscheinlich eine unmittelbare Periode genereller Unbeständigkeit zu erwarten. Dies wiederum dürfte mit einem unmittelbaren Fertilitätsrückgang einhergehen, vergleichbar mit der Entwicklung für die Neuen Länder in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. Auch wäre nicht davon auszugehen, dass ein Wiederanstieg auf das nordkoreanische Niveau vor einer Vereinigung erfolgt. Denkbar wäre eher die Etablierung eines gleich niedrigen Fertilitätsniveaus in Gesamtkorea.

Diese Annahme basiert auf zwei Überlegungen: Erstens sind in Nordkorea seit Jahrzehnten rückläufige Geburtenzahlen zu verzeichnen. Dieser Schrumpfungsprozess hält bereits zu lange und zu kontinuierlich an, um ihn als rein temporäre Nachwirkung der Phase der Hungersnöte zwischen 1994 und 1998 zu erklären. Der offizielle Zensus 2008 meldet eine TFR von 2,0. Schätzungen für 2014 ergeben eine TFR von nurmehr 1,89. Somit ist Nordkorea offenbar bereits auf dem Weg zur „Niedrigfertilitätsgesellschaft“, ohne dass entsprechende Familienleitbilder mit wenigen Kindern „importiert“ wurden oder staatlich verordnet sind.

Zweitens würden nach einer Wiedervereinigung bzw. nordkoreanischer Integration neue Lebensstilformen wie zum Beispiel der Trend zum Individualismus sowie neue Leitbilder wahrscheinlich auch das nordkoreanische Fertilitätsverhalten verändern. Da das Land von zwei Ländern mit einer extrem niedrigen Fertilität und entsprechenden Familienleitbildern, China und Südkorea, eingerahmt ist (die in vielen Bereichen der Kultur und Lebensweise auch als Vorbilder gesehen werden), gibt es Grund zur Annahme, dass auch die dort vorherrschenden Lebensentwürfe die Oberhand gewinnen könnten. Die Idee eines möglicherweise „enthusiastischen“ Baby-Booms im Zuge der Wiedervereinigung in Südkorea ist dahingegen unwahrscheinlich. Die derzeitige höhere Fertilität nordkoreanischer Frauen wird sich kaum als Norm bzw. Modell für den Süden durchsetzen. Infolgedessen wären für ein wiedervereintes Korea mit hoher Wahrscheinlichkeit Geburtenzahlen unter dem Reproduktionsniveau charakteristisch. Zudem müssen Spekulationen über eine langfristige Verjüngung der koreanischen Gesellschaft durch die Wiedervereinigung (wie sie manchmal in südkoreanischen Debatten zur nationalen Vereinigung Erwähnung finden) aus heutiger demografischer Sicht zurückgewiesen werden.

3.2. Anstieg der Lebenserwartung

Verglichen mit dem hohen Niveau der Gesundheitsfürsorge in Südkorea (vor allem bei der Gesundheitsinfrastruktur und der Bereitstellung von Medikamenten) präsentiert sich das nordkoreanische Gesundheitswesen in insgesamt sehr schlechten Zustand. Daraus resultieren erhebliche Unterschiede bei der Lebenserwartung.

In diesem Zusammenhang belegt das Beispiel Deutschlands, dass durch Verbesserungen in der Gesundheitsinfrastruktur und eine Verfügbarkeit der aktuellsten medizinischen Behandlungsmethoden ein rapider Anstieg der Lebenserwartung auf allen Ebenen erreicht werden konnte. Dies zeigt sich in einem unmittelbaren Rückgang der Mortalität durch bessere Versorgung bei heilbaren Krankheiten oder Unfällen. Diese positive Entwicklung in Deutschland basierte auch auf einem bereits vorhandenen und qualifizierten Gesundheitssystem der DDR. Infolgedessen waren auf dieser Grundlage weitere Verbesserungen der Qualität unmittelbarer und einfacher für die Bürgerinnen und Bürger in den Neuen Ländern umsetzbar.

Dagegen sind in Nordkorea der wahre Zustand der medizinischen Infrastruktur sowie die Möglichkeiten und

Kapazitäten des Gesundheitswesens unbekannt. Die wenigen verfügbaren Informationen zeichnen ein eher alarmierendes Bild. Bezogen auf den internationalen „Healthcare Access and Quality Index“ wird Südkorea mit „A“ bewertet (dies entspricht einer hohen Leistungsfähigkeit in globaler Hinsicht), während der Norden bestenfalls „C“ erreicht (mäßige Leistungsfähigkeit im weltweiten Vergleich). Sofortige und massive Investitionen in das nordkoreanische öffentliche Gesundheitswesen vorausgesetzt, wären auch sukzessive Verbesserungen des allgemeinen Gesundheitszustandes der Bevölkerung, ein Anstieg der Lebenserwartung und ein Rückgang der Mortalität zu erwarten. Bereits einfache Maßnahmen, wie die Ausstattung der Arztpraxen und Krankenhäuser mit grundlegenden Medikamenten dürften hier unmittelbar wirksam sein. Allerdings sind die direkten und indirekten längerfristigen Auswirkungen der Hungersnöte in den 1990er Jahren auf den durchschnittlichen Gesundheitszustand, die Mortalität und Lebenserwartung in einem wiedervereinigten Korea nur sehr schwer einzuschätzen. Es ist zu vermuten, dass eine Konvergenz an Südkorea wahrscheinlich langfristig erst in zwei oder drei Dekaden möglich wäre.

3.3. Migration

Das markante Wohlstandgefälle zwischen Nordkorea und allen seinen Nachbarländern Südkorea, China und der Russischen Föderation dürfte im Fall einer Grenzöffnung höchstwahrscheinlich massive Migrationsströme, insbesondere von Nord- nach Süd bedingen. Migration wäre demnach, entsprechend den deutschen Erfahrungen, auch ohne politische Einheit ein bedeutendes Phänomen. Die starke Ost-West-Migration, welche unmittelbar nach der Maueröffnung einsetzte, ließ ernsthafte Befürchtungen bezüglich einer Destabilisierung beider deutschen Staaten aufkommen. Nicht zuletzt deshalb wurde mit einer bemerkenswert raschen Umsetzung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen dem Früheren Bundesgebiet und der DDR versucht, den Exodus ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger zu stoppen. Für Korea stellt diese Aussicht eine der wesentlichen Herausforderungen für den Integrationsprozess dar. Dies gilt besonders mit Blick auf die Verteilung der relativen Bevölkerungsgrößen im Vergleich zueinander.

Zu beachten ist hierbei allerdings, dass Migration im Falle Koreas auch durchaus beschränkt sowie kontrolliert werden könnte. So bestehen derzeit nur drei potenzielle (aber ungenutzte, zum Teil unbenutzbare) Grenzübergänge nach Südkorea. Zu beachten sind hier zudem die verschärften Sicherungsmaßnahmen in der entmilitarisierten Zone sowie noch vorhandene Minenreste aus der Zeit des Koreakriegs. Die Grenzen zwischen Nordkorea und China bzw. Russland sind dagegen deutlich weniger gesichert. Zudem gilt die koreanisch-chinesische Grenze bereits heute als „porös“: So kann etwa der vom Fluss Tumen markierte östliche Grenzabschnitt an vielen Stellen durchwatet oder leicht durchschwommen werden. Flucht aus Nordkorea erfolgt meist hier. Auch könnten existierende Beziehungen und Kontakte mit China einen Einfluss auf Richtung und die Stärke der nordkoreanischen Auswanderung nach einem Regimewandel haben. So leben in den chinesischen Grenzprovinzen Heilongjiang, Jilin und Liaoning knapp über 2 Millionen ethnische Koreaner. Somit kann die Abwanderung nach China eine durchaus interessante Alternative sein, insbesondere wenn sich die südkoreanische Regierung für Grenzsicherung und eine Begrenzung der Zuwanderung aus Nordkorea entscheiden sollte.

Von grundlegender Bedeutung für die Migrationsmuster bei durchlässiger Grenze oder koreanischer Einheit ist nicht nur das innerkoreanische Regime, sondern auch die Reaktion der Volksrepublik China und der Russischen Föderation. Bei unbeschränkter Grenzöffnung zwischen der Republik Korea und der Demokratischen Volksrepublik Korea dürfte insbesondere die Nord-Süd-Migration dominieren. Ein striktes innerkoreanisches Grenzregime wiederum könnte die Wanderungsbewegungen (legale wie illegale) nach China sowie eventuell Russland kanalisieren.

Parallel zu Abwanderungsbewegungen ins Ausland ist mit hoher Binnenmigration zu rechnen, welche aus ländlichen Regionen in die Großstädte wie etwa Pjöngjang, Hamhung, Namp´o, Hungnam und Kaes gerichtet sein dürfte sowie in eventuell neu entstehende Handels- und Produktionsstandorte in Folge der Grenzöffnung und von Investitionen. Eine Zunahme regionaler Disparitäten zwischen Land und Stadt wäre die Konsequenz. Derzeit ist Binnenwanderung in Nordkorea streng reglementiert und unter voller Kontrolle des Staates.

Gegenwärtig repräsentieren die entmilitarisierten Zonen sowohl auf nord- als auch auf südkoreanischer Seite periphere Regionen mit einer niedrigen Wirtschaftsdyna-

mik. Dies könnte sich nach einer Grenzöffnung ändern. So wäre insbesondere Berufspendeln (entsprechend verbesserte Verkehrsinfrastrukturen vorausgesetzt) von Nord nach Süd vor allem im Großraum Seoul denkbar. Die südkoreanische Hauptstadt liegt nur etwa 60 km von der derzeit geschlossenen nordkoreanischen Sonderwirtschaftszone Kaesong entfernt, wobei Kaesong selbst eine Großstadt mit mehr als 200.000 Einwohnern ist. Im Zuge der Einrichtung der von 2005 bis 2016 existierenden innerkoreanischen Sonderwirtschaftszone, wurde auch eine prinzipiell leistungsfähige Straßen- sowie Zugverbindung zwischen Nord- und Südkorea geschaffen. Es wäre im Prinzip also bereits heute möglich, Züge von Seoul nach Pjöngjang fahren zu lassen. Mit dem Einsetzen möglicher täglicher sowie wöchentlicher Pendlerströme wären der Ausbau von (Verkehrs-)Infrastruktur, aber auch parallele wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in Nordkorea zur mittelfristigen Abschwächung dieser Migrations- und Pendlerströme vonnöten. Wie sich am Ende eine unkoordinierte Massenmigration nach Südkorea auf die Stabilität beider Staaten im Falle eines politischen Kollapses Nordkoreas auswirken könnte, wird vor allem in Südkorea mit großer Sorge gesehen. Somit ist ein Szenario, welches eine Kombination aus weiterhin rigidem Grenzregime bei gleichzeitiger humanitärer Hilfe und Wirtschaftsförderung im Norden beinhaltet, nicht völlig unwahrscheinlich.

3.4. Sozio-kulturelle Gegensätze als Belastung für eine Wiedervereinigung?

Über die kulturelle Nähe oder Distanz zwischen Nord- und Südkorea ist nach 60 Jahren Trennung nur wenig bekannt. Somit ist es schwierig abzuschätzen, in welchem Ausmaß Entfremdung, verfälschte Eindrücke und Erwartungen die koreanische Wiedervereinigung behindern oder erschweren könnten. Obwohl beide Staaten einen hohen Grad an ethnischer Homogenität aufweisen, mit einem nur kleinen Anteil ausländischer Einwohner (die genaue Zahl an Ausländern in Nordkorea ist unbekannt, in Südkorea liegt der Anteil bei zwei bis drei Prozent), wäre im gegenseitigen Umgang miteinander ein hohes Maß an Sensibilität vonnöten. Die Gesellschaften funktionieren anders und auch die Sprache hat sich teilweise auseinanderentwickelt. So haben süd- und nordkoreanische Linguisten bereits Workshops zur Erstellung eines Koreanisch-Koreanischen Wörterbuchs abgehalten. Innerkoreanisches interkulturelles Training erschiene demnach sehr sinnvoll. Dies gilt besonders wegen der anzunehmenden markanten sozio-kulturellen Gegensätze, die sich im Laufe der langen Trennung ergeben haben und sich durch soziale und ökonomische Spaltungen nach einer koreanischen Einheit verstärken können.

Es ist davon auszugehen, dass ein hoher Prozentsatz der nordkoreanischen Erwerbstätigen nicht ausreichend auf die Anforderungen einer postmodernen, globalisierten Wirtschaft – wie sie sich in Südkorea etabliert hat – vorbereitet ist. Somit wird Nordkorea in der Anfangsphase ökonomisch deutlich leistungsschwächer als der Süden bleiben. Es muss von der Schließung nicht konkurrenzfähiger Unternehmen, einer Zunahme von Jobs im Niedriglohnbereich sowie langfristig hohen Arbeitslosenzahlen in allen Wirtschaftssektoren ausgegangen werden. Enttäuschung und Existenznöte könnten in weiten Teilen der nordkoreanischen Gesellschaft um sich greifen und durch Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt sowie von sozialer Teilhabe die dauerhafte Verarmung großer Bevölkerungsteile bewirken. Um der hier skizzierten Entwicklung entgegenzuwirken, bedürfte es sowohl sofortiger Investitionen in Bildung und berufliche Trainingsmaßnahmen als auch zielgerichteter Subventionen für Wirtschaft und soziale Sicherung. So wäre etwa die Einrichtung von Trainings- und Bildungs-„hot spots“ (zum Beispiel mit Trainingszentren, Universitäten, Technischen Hochschulen und Sprachschulen) in Nordkorea denkbar.

Grundsätzlich dürfte die erste Stufe der Wiedervereinigung mit hoher Wahrscheinlichkeit von erheblichen Härten für zahlreiche nordkoreanische Menschen gekennzeichnet sein. „Verlierer“ sind dabei all diejenigen, denen die Anpassung an neue soziokulturelle und ökonomische Bedingungen aus verschiedenerlei Gründen nicht gelingt oder verwehrt wird (zum Beispiel infolge mangelnden Know hows, durch Diskriminierung auf Grund von Herkunft, sozialer Gruppe, Geschlecht oder Alter). Soziale Sicherung aber auch Teilhabe wären daher ganz besonders kritische Aspekte für eine „erfolgreiche“ koreanische Einheit. Wie schwierig dies ist, belegt nicht zuletzt das deutsche Vorbild: Auch drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ist trotz großer Bemühungen und beeindruckender Erfolge die volle Konvergenz der Gesellschaften West- und Ostdeutschlands noch immer nicht in allen Bereichen des sozialen wie auch Wirtschaftslebens feststellbar.

4. Die deutsche Einheit: Relevante Erfahrungen für Szenarien, aber keine „Blaupause“ für Korea

Angesichts des eher spekulativen Charakters der dargestellten Szenarien stellt sich die Frage, ob die (demografische) Entwicklung Deutschlands nach dem Mauerfall 1989 konkrete Hinweise und Modelle für eine mögliche Wiedervereinigung (bzw. eine schrittweise Integration) der beiden Koreas liefern kann, quasi eine „Blaupause“. Der auch im damaligen historisch-geopolitischen Kontext einzigartige Charakter der deutschen Wiedervereinigung lässt eine direkte Übertragung auf Korea kaum zu.

Im Hinblick auf koreanische Szenarien kommt erschwerend hinzu, dass es an umfassenden, zuverlässigen Informationen über den Bevölkerungsstand, die Gesellschaft, kulturelle Besonderheiten, den Zustand der Wirtschaft und der Infrastruktur in Nordkorea fehlt. Demografische und sozioökonomische Prognosen wiederum bedürften zusätzlich Informationen zu Institutionen, kulturellen Normen, geteilten Werten und Leitbildern und im Besonderen den Hoffnungen und Wünschen der Menschen in Süd und Nord.

Die aktuell vorhandenen rudimentären Kenntnisse über den Staat Nordkorea reichen als Grundlage für eine verlässliche Datenbasis zu demografischen Szenarien und Strategien nicht aus. Somit sind detailliertere Analysen der dargestellten Lage zur Fertilität, Mortalität und Migration mit hohen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Langfristszenarien sind aus heutiger Sicht letztlich (noch) nicht sinnvoll.

Vor dem Hintergrund der deutschen Erfahrung lässt sich trotz allem vermuten, dass sich eine koreanische Wiedervereinigung deutlich schwieriger gestalten dürfte und auch die demografischen Konsequenzen noch markanter wären.

Nach fast 30 Jahren Wiedervereinigung zeigt die deutsche Erfahrung, dass besonders in der Anfangsphase Aufholprozesse im Zuge durchgreifender Modernisierungsprozesse in Korea zu erwarten sein dürften. Dabei besteht der wahrscheinlichste Weg der demografischen, soziokulturellen und sozioökonomischen Entwicklung im Sinne der Hybridisierungstheorie in einem Nebeneinander konvergierender und divergierender Elemente, wobei die Konvergenz überwiegen dürfte. Dagegen kann nicht von einer raschen Verbesserung der Lebensbedingungen sowie der wirtschaftlichen Situation ausgegangen werden. Große Disparitäten zwischen Nord- und Südkorea werden in einer längerfristigen Perspektive weiterhin in einem vereinigten Korea bestehen bleiben.

Was sich mit Sicherheit sagen lässt, ist die Tatsache, dass im Zuge einer Wiedervereinigung erhebliche finanzielle Anstrengungen unvermeidlich sein werden. Im Lichte der augenblicklichen großen Gegensätze zwischen Nord- und Südkorea bei der ökonomischen Leistung und Prosperität wird die Frage des sozialen Zusammenhalts die wichtigste Herausforderung sein, der höchste Priorität zu gelten hat. Dies bedeutet für Südkorea langanhaltende und umfangreiche finanzielle Süd-Nord-Transfers, um so eine Basis für wirtschaftliche Prosperität zu etablieren und als Garant für die Stabilisierung des sozialen Zusammenhalts zu wirken. Dabei ist unklar, ob die Wirtschaft Südkoreas und das finanzielle Potenzial des Landes so leistungsstark und gut ausgestattet sind, um eine Wiedervereinigung unter den heutigen Vorbedingungen in allen relevanten Sektoren zu realisieren. Angesichts dieser Lage und vieler Fragezeichen könnte eine Strategie der schrittweisen Integration (etwa in Form einer koreanischen Föderation mit sukzessiver Öffnung von Grenze, Arbeitsmarkt usw.) als Alternative zu einer raschen und überstürzten Wiedervereinigung sinnvoller erscheinen.

Literatur

Cassens, Insa; Luy, Marc; Scholz, Rembrandt (Hrsg.) (2009): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland – Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende. Wiesbaden: Springer VS

Dorbritz, Jürgen (2008): Germany: Family diversity with low actual and desired fertility. In: Demographic Research 19: 557-598

Eberstadt, Nicholas; Banister Judith (1992): „Divided Korea: Demographic and Socioeconomic Issues for Reunification“. In: Population and Development Review 18(3): 505-531

Grünheid, Evelyn (2015): Regionale Aspekte des demografischen Wandels. Wiesbaden

Grünheid, Evelyn; Sulak, Harun (2016): Bevölkerungsentwicklung 2016. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel. Wiesbaden

Kim, Doo-Sub; Choe, Minja K.; Jun, K.H.; Lee, Seungil; Kim, H. S. (2011): The Population of Northkorea and Population Census. In: Statistics Korea. Daejon: Statistics Korea

Köppen, Bernhard (2010): Special Economic Zones (SEZs) Along The Korean Demilitarized Zone. A Feasible Pathway towards an Accessible North Korea? In: Quaestiones Geographicae 29 (4): 95-109

Köppen, Bernhard (2005): Stadtentwicklung zwischen Schrumpfung und Sprawl. Auswirkungen der Stadt-Umland-Wanderungen im Verdichtungsraum Chemnitz-Zwickau. Der Andere Verlag. Tönning

Kühntopf, Stephan; Stedtfeld, Susanne (2012): Weniger junge Frauen im ländlichen Raum: Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland. BiB Working Paper 3: Wiesbaden

Lee, Seungil; Cho, Y.; Kim, J.; Shin, S. (2012): A Projection of Migration Flows after South-North Korea Integration and Policy Measures. Korea Institute for Health and Social Affairs (Research Report 2012-47-13). Seoul: Korea Institute for Health and Social Affairs.

Luy, Marc (2004): Mortality differences between Western and Eastern Germany before and after reunification: A macro and micro level analysis of developments and responsible factors. In: Genus 63, 1-2: 33-64

Sander, Nikola (2014): Internal Migration in Germany, 1995-2010: New Insights into East-West-Migration and Re-Urbanisation. In: Comparative Population Studies 39,2: 217-246

Schneider, Norbert F.; Naderi, Robert; Ruppenthal, Silvia (2012): Familie in Deutschland nach dem gesellschaftlichen Umbruch. Sind Ost-West-Differenzierungen in der Familienforschung zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch sinnvoll? In: Huinink, Johannes; Kreyenfeld, Michaela; Trappe, Heike (Hrsg.): Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ähnlich und doch immer wieder anders. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 9: 29-53.

Schneider, Norbert F. (1994): Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Eine vergleichende Analyse des Familienlebens 1970-1992. Soziologische Gegenwartsfragen 55: Stuttgart

Stephan, Elizabeth Hervey (2016): „Korean Unification: a solution to the challenges of an increasingly elderly population?“ In: Asian Population Studies 12 (1): 50-67

Stüwe, Klaus; Hermannseder, Eveline (Hrsg.) (2017): Familie im Wandel. Deutschland und Korea im Vergleich. LIT Verlag Berlin

Yoo, Sam Hyun; Hayford, Sarah R.; Agadjanian, Victor (2017): „Old habits die hard?“ Lingering Son preference in an Era of Normalizing Sex ratios at Birth in South Korea“. In: Population Research and Policy review 36(1): 25-54

United Nations (UN) (2015): DPR Korea 2015: Needs and Priorities Democratic People´s Republic of Korea. United Nations Population Division.
Online unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20150401%20DPR_Korea_NP_FINAL.pdf

United Nations (UN) (2017): World Population Prospects: The 2017 Revision. United Nations Population Division

Nachgefragt: Demografische Gemeinsamkeiten zwischen Korea und Deutschland?

Prof. Dr. Bernhard Köppen zu Möglichkeiten und Grenzen eines deutschen Musters

BevAktuell: Herr Prof. Köppen, Sie haben untersucht, ob die demografische Entwicklung Deutschlands seit 1990 als Modell für ähnliche Tendenzen im Falle einer möglichen koreanischen Wiedervereinigung dienen kann. Wo sehen Sie Berührungspunkte/Gemeinsamkeiten beider Länder mit Blick auf die drei zentralen demografischen Faktoren Fertilität, Mortalität und Migration?

Ich denke, die unmittelbare Zeit nach einer Grenzöffnung oder sogar Wiedervereinigung könnte mit ähnlichen Phänomenen verbunden sein, wie wir sie in Deutschland gesehen haben: Massive Migration von Nord nach Süd, „social freezing" im Norden verbunden mit rapidem Geburtenrückgang für einige Jahre und dann eine sozio-demografische Angleichung an die Verhaltensmuster bzw. Lebensstile der wahrscheinlich politisch, kulturell und ökonomisch dominierenden südkoreanischen Gesellschaft sowie auch an chinesische Vorbilder. Auf Grund der derzeit offenbar besonders schlechten Versorgung im nordkoreanischen Gesundheitswesen dürfte schon alleine durch Bereitstellung von Medikamenten die Mortalität schnell sinken. Sobald es sich aber um längerfristige Aussichten beziehungsweise demografierelevante Verhaltensänderungen handelt, die nicht „universell", sondern kultur- und situationsspezifisch sind, können wir letztlich gar nichts absehen, geschweige denn prognostizieren.

BevAktuell: Wie wird das deutsche Modell aus der südkoreanischen Perspektive wahrgenommen? Als hilfreicher Ansatz oder eher mit Besorgnis im Hinblick auf ökonomische Verwerfungen, wie sie in Ostdeutschland heute immer noch existieren?

Zur Person

Prof. Dr. Bernhard Köppen hat derzeit an der Universität Koblenz-Landau eine Professur für Anthropogeographie inne. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Bevölkerungsgeographie, Demografischer Wandel und Migration, Regionalentwicklung und Europäische Integration sowie Urbanistik.
Im Rahmen seiner Forschungstätigkeit am BiB widmete er sich unter anderem dem demografischen Vergleich Koreas und Deutschlands. (Bild: BiB)

Der Blick nach Deutschland schwankt in der Tat zwischen Besorgnis und Bewunderung. Besorgnis, weil so wenig über Nordkorea bekannt ist, außer dass es einer der ärmsten Staaten dieser Erde ist und eine koreanische Einheit wahrscheinlich sehr viel schwieriger und vor allem teuerer würde. Die DDR war im Vergleich zu Nordkorea trotz des sozialistischen Wirtschaftssystems eine der leistungsfähigen Ökonomien im Ostblock und das Bildungs- und Gesundheitssystem waren weit entwickelt. Tatsächlich habe ich im Gespräch mit koreanischen Experten oft gehört, dass Südkorea schon aus finanzieller Sicht gar nicht in der Lage wäre, eine Einheit nach deutschem Muster zu bewerkstelligen. Und dafür wiederum wird die Bundesrepublik bewundert: Wie geordnet die Einheit ablief, wie schnell die DDR der Bundesrepublik beitreten konnte und wie schnell weitgehende Konvergenz in allen Bereichen erreicht wurde. Angesichts der insgesamt großen Leistung und historischen Dimension der deutschen Einheit erscheinen die für uns kritischen regionalen Disparitäten von außen betrachtet als gering.

BevAktuell: Gibt es Unterschiede bei der Nord-Süd-Wahrnehmung in Korea?

Die Republik Korea besitzt zwar ein Ministerium für Wiedervereinigungsfragen beziehungsweise Nord-Süd-Fragen, die Menschen in Südkorea interessieren sich jedoch nicht sonderlich für den Nachbarstaat. Daher bestehen nur vage Vorstellungen. Zudem gab es in der Zeit der Annäherungspolitik von etwa 2000 bis 2010 in den südkoreanischen Medien, durchaus im Sinne der Regierung, die betont auf „Entspannung" setzte, eher unkritische oder geschönte Nachrichten zu und aus der Demokratischen Volksrepublik Korea. Somit besteht bei vielen Menschen in Südkorea grundsätzlich wenig Interesse gegenüber dem Norden, wobei die Lage in Nordkorea sogar tendenziell zu positiv wahrgenommen wird.

BevAktuell: In welchen Bereichen ist der Musterfall Deutschland mit Blick auf die demografischen Unterschiede kaum hilfreich?

Ich hatte ja bereits erwähnt, dass der anfängliche „sozio-kulturelle und sozio-strukturelle" Schock mit absehbarem demografisch relevantem Verhalten verbunden

sein dürfte. Und selbst hier gibt es Unsicherheiten. Die besondere Schwierigkeit sinnvoller Einheitsszenarien für Korea mit Blick auf das deutsche Beispiel ist sicherlich, dass es so viele Varianten des denkbaren Regimewechsels, der Öffnung und Annäherung gibt. Der Mauerfall und der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik unter Zustimmung der Alliierten in Deutschland war ja bereits geopolitisch einmalig. Auch dass die Bundesrepublik die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit besaß, den Beitritt so schnell und erfolgreich – ungeachtet der vielen Detailprobleme, die wir als Deutsche selbst immer ganz genau im Blick haben – bewerkstelligen konnte, ist eine ganz besondere historische Fügung und so in Korea gar nicht gegeben.

Angenommen, das Regime in Nordkorea würde sich grundlegend ändern: Es könnte ein Kollaps sein, ein Putsch, eventuell aber auch eine graduelle Reform und Öffnung. Wie wiederum würden sich die Nachbarstaaten Südkorea, China und Russland jeweils verhalten und gegebenenfalls intervenieren? Würde Südkorea seine Grenzen öffnen oder zunächst auf kontrollierte Migration pochen? Würde eine Einheit möglich sein oder durch mächtige Drittstaaten verhindert? All dies hat selbstredend auch Auswirkungen auf Demografie und Bevölkerung.

BevAktuell: Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen des deutschen Vorbilds?

Unser Szenario, in seinen Grenzen, ist wirklich nur für eine innerkoreanische Annäherung, die derjenigen der beiden deutschen Staaten ähnlich wäre, relevant. Der besondere Wert der Beschäftigung mit der deutschen Einheit auch in komparativer Perspektive wiederum liegt auch darin, die demografischen Folgen der Einheit in Deutschland in besonders präziser, knapper Form auf den Punkt zu bringen sowie genauer hinzusehen, wo hier spezifisch deutsche Entwicklungen stattfanden und wo sich allgemeingültige Muster, die universell übertragbar sind, nicht nur in Korea, zeigen.

Interview: Bernhard Gückel, BiB

Rückblick

„Fertilität und Familie“: Frühjahrstagung der Familiensoziologen in Wiesbaden

Gut 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diskutierten am 15. und 16. Februar 2018 aktuelle Entwicklungen der Familien- und Fertilitätsforschung bei der Frühjahrstagung der Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) in Wiesbaden.

Dabei wurde deutlich, dass die Familien- und Fertilitätsforschung vor neuen Herausforderungen bei der Suche nach Erklärungen für ein verändertes Fertilitätsverhalten und ein erweitertes Verständnis von Familie steht. In insgesamt fünf Sessions zu den Themen „Der Kinderwunsch“, „Partnerschaft, soziales Umfeld und Fertilität“, „Geschlechterrollen, Arbeitsteilung und Fertilität“, „Elternschaft: Zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ sowie „Erwerbstätigkeit und Leben mit Kindern“ wurden die Implikationen dieser Entwicklungen für die Fertilität und die Familie systematisch auf den Prüfstand gestellt. Dazu gaben auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem BiB Einblicke in aktuelle Befunde ihrer Forschungsarbeit.

Warum gibt es eine Fertilitätslücke?

In Session 1 stand zunächst der Kinderwunsch im Fokus. Dr. Maria Rita Testa (Vienna Institute of Demography, VID) stellte zusammen mit Daniel Bolano (University of Queensland) am Beispiel Australiens die Frage, warum Paare real weniger Kinder haben als sie sich in wissenschaftlichen Umfragen wünschen. Diese „Fertilitätslücke“ ist aus Sicht der beiden Forscher das Resultat einer mehrdimensionalen Planungsphase, in der die Chance für die Geburt eines gewünschten Kindes bei zunehmender Komplexität schwindet und in Abhängigkeit zu bereits verwirklichten alternativen Lebensplänen steht. Somit rückt die Umsetzung des Kinderwunschs in den Hintergrund. Pläne wie ein Jobwechsel oder die Wiederaufnahme eines Studiums ließen die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung des Kinderwunsches schwinden – und zwar nur bei den Frauen. Dagegen war bei den Männern das Ereignis einer beruflichen Veränderung positiv verknüpft mit der Wahrscheinlichkeit, Vater zu werden. Dies lässt Rückschlüsse auf eine nach wie vor fortdauernde Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf zu, die in Australien in erster Linie für eine Fertilitätslücke und das damit einhergehende niedrige Fertilitätsniveau verantwortlich ist.

Mit der sogenanten „Fertilitätslücke“ beschäftigte sich Dr. Maria Rita Testa. Dabei geht es um das Phänomen, dass es einen Abstand zwischen der Zahl gewünschter Kinder von Paaren und dem tatsächlich umgesetzten Kinderwunsch gibt. Verantwortlich dafür scheint vor allem die Vereinbarkeitsproblematik von Familie und Beruf zu sein. (Bild: BiB)

Dr. Martin Bujard begrüßte die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Namen des BiB in den Räumen des Statistischen Bundesamtes. Das Institut war an der Organisation der Veranstaltung maßgeblich beteiligt. (Bild: BiB)

Beeinflusst ein Migrationshintergrund den Kinderwunsch?

Was die Kinderwunschforschung angeht, so gibt es derzeit eine Forschungslücke zu migrationsspezifischen Unterschieden in den Kinderwunsch-Idealen. Darauf wies Dr. Anne-Kristin Kuhnt (Universität Duisburg-Essen) in ihrem Vortrag hin. Sie stellte die Frage, ob sich systematische Unterschiede in den Kinderwunschangaben von Personen mit und ohne Migrationshintergrund feststellen lassen. Vorläufige Resultate auf der Basis von Da-

Hoch über den Dächern Wiesbadens diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Frühjahrstagung der DGS-Sektion Familiensoziologie aktuelle Forschungsansätze und -ergebnisse. (Bild: BiB)

ten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam bestätigen Unterschiede in den Kinderwunsch-Idealen und in den Fertilitätsnormen bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund. „Frauen und Männer mit Migrationshintergrund geben signifikant höhere Kinderwünsche an als Personen ohne Migrationshintergrund“, betonte Frau Kuhnt. Dabei fallen die Kinderwunschideale von Männern mit Migrationshintergrund am höchsten aus. Insgesamt unterschieden sich die idealen Kinderwünsche von den Zuwanderern und ihren Nachkommen nicht signifikant. Dies spricht aus Sicht von Frau Kuhnt sowohl für die Relevanz von Sozialisations- und Adaptionsprozessen als auch für Prozesse intergenerationaler Transmission bei den reproduktiven Normen von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Das soziale Umfeld und die Fertilitätsentscheidung

Im Blickpunkt von Session 2 stand der Zusammenhang von Partnerschaft, dem Einfluss des sozialen Umfelds und der Fertilität. Dazu fragte Dr. Sebastian Pink (Universität Mannheim), inwieweit die Entscheidung von Menschen für den Zeitpunkt des ersten Kindes von ihrem sozialen Umfeld beeinflusst ist und – falls ja – wie stark dieser Einfluss ist. Dazu betrachtete er die sozialen Interaktionseffekte von Eltern, Geschwistern und Kollegen auf die Fertilität: „Basierend auf einer Mikrosimulation wurden die drei Ergebnisse kontrafaktisch in ein Maß umgewandelt, das sowohl Forscher, politische Entscheidungsträger als auch die Öffentlichkeit leicht verstehen, nämlich Geburtenzahlen“, erläuterte der Soziologe. Am Ende wurde deutlich, dass ohne die Einbeziehung der drei Interaktionspartner deutlich weniger Familien gegründet worden wären. Dies entspricht etwa einem Fünftel aller Erstgeborenen. „Übersetzt man diesen Rückgang an erstgeborenen Kindern in einen Rückgang der Geburtenrate, so wäre sie um 14,6 % geringer“, so Pink. In der Summe ist der Einfluss der Eltern auf die Fertilitätsentscheidung am höchsten.

Der Einfluss von Bildung und Geschlechterunterschieden auf die Umsetzung von Kinderwünschen

Welche Faktoren die Umsetzung von bereits früh vorhandenen Fertilitätsabsichten beeinflussen, analysierten Dr. Natalie Nitsche (Vienna Institute of Demography, Wien) und Dr. Sarah Hayford (Ohio State University). Sie konzentrierten sich auf die Merkmale Bildung und Geschlechterunterschiede und ihren Einfluss auf die Realisierung der Kinderwünsche unter besonderer Beachtung des Timings der Paarbildung. Mittlerweile ist bekannt, dass vor allem Hochqualifizierte aber auch andere junge Leute ihre erste Ehe und Elternschaft im Lebensverlauf nach hinten verschieben. Allerdings weiß man noch wenig darüber, wie sich der Effekt des Zeitpunktes der Paarbildung auf die gewünschte Kinderzahl und den Bildungsstand auswirkt. Erste Befunde auf Basis von Daten des amerikanischen National Longitudinal Surveys (NLSY79) deuten auf darauf hin, dass eine Heirat im Alter über 30 verbunden ist mit einem erheblichen Rückgang bei der Mutterschaft – aber nicht bei der Vaterschaft, betonte Frau Nitsche.

Wie wirkt sich die Eheschließung auf den Kinderwunsch und seine Umsetzung aus?

Robert Naderi stellte in seinem Vortrag Ergebnisse der Untersuchung des Einflusses einer Eheschließung auf den Kinderwunsch vor. Die Basis seiner Untersuchung bildeten die Daten von acht Wellen des Beziehungs- und Familienpanels pairfam. Die Befunde zeigen, dass der Kinderwunsch in stabilen Paarbeziehungen stark ausgeprägt ist, betonte Naderi – unabhängig vom Familienstand. Bei höherem Erstgebäralter und generell bei fortschreitendem Alter, lässt der Kinderwunsch nach – vermutlich werden die geringeren Verwirklichungsmöglichkeiten des Kinderwunsches von den Menschen berücksichtigt. Es wurde deutlich, dass Kinderlosigkeit und vor allem gewünschte Kinderlosigkeit häufiger mit dauerhaftem unverheiratetem Zusammenleben einhergeht. Die Kombination von einem niedrigen Institutionalisie-

rungsgrad der Beziehung und einem nicht vorhandenen Kinderwunsch führt nur ganz selten am Ende zur Geburt von Kindern, lautete sein Fazit.

Inwieweit wirken sich Einstellungen zu Geschlechterrollen und die Arbeitsteilung im Haushalt auf die Fertilität aus?

In Session 3 stand der Themenkomplex Geschlechterrollen, Arbeitsteilung und Fertilität im Zentrum der Vorträge und Diskussionen. Dabei startete Ansgar Hudde in Kooperation mit Prof. Dr. Henriette Engelhardt (beide Universität Bamberg) die Vortragsrunde mit der Frage, ob bei Paaren, in denen Frau und Mann unterschiedliche Verständnisse der Geschlechterrollen haben, die Wahrscheinlichkeit für ein erstes gemeinsames Kind geringer ist im Vergleich zu Paaren, in denen beide die gleichen Einstellungen teilen. Auf der Grundlage von Daten zu jungen deutschen Paaren im Rahmen des Beziehungspanels pairfam wird gezeigt, dass diejenigen Paare mit stärker differierenden Einstellungen in einem frühen Stadium ihrer Beziehung eine niedrigere Wahrscheinlichkeit für ein späteres gemeinsames Kind aufweisen. „Diese Beobachtung kann als robust angesehen werden“, betonte Hudde. Damit leistet ihre Untersuchung insofern einen Beitrag zur Forschung, als hier ein Mechanismus entwickelt wurde, der eine Verknüpfung herstellt zwischen den Einstellungen zu Geschlechterbeziehungen und der individuellen Kinderlosigkeit.

Aufteilung der Familienarbeit und Umsetzung des Kinderwunsches

Die Wahrscheinlichkeit der Realisierung eines Kinderwunsches steigt, wenn es eine ausgeglichenere Aufteilung der Familienarbeit (= Hausarbeit und Kinderbetreuung) gibt. Diese in der Forschung weitverbreitete Annahme ist jedoch keineswegs so klar, wie es scheint. Darauf wies Dr. Bernhard Riederer (in Kooperation mit Dr. Isabella Buber-Ennser und Zuzanna Brzozowska (alle Vienna Institute for Demography, Wien) hin. Um zu einer Aufklärung der beobachteten Variation des Zusammenhangs zwischen der Aufteilung der Familienarbeit und der Fertilität einen Beitrag zu liefern, wurden mithilfe von Daten zweier Wellen des Generations and Gender Survey (GGS) für die vier europäischen Länder Frankreich, Österreich, Polen und Ungarn die Auswirkungen der Aufteilung der Familienarbeit auf den Kinderwunsch untersucht. Zudem erfolgte dreieinhalb Jahre später die Überprüfung der realisierten Kinderwünsche. Deutlich wurde dabei, dass es von großer Bedeutung ist, zwischen der Aufteilung der Familienarbeit und der Zufriedenheit damit zu unterscheiden. „Auch eine traditionelle Aufteilung kann zu einem stärkeren Kinderwunsch führen, wenn hohe Zufriedenheit herrscht“, sagte Riederer. Als wesentlicher Moderator der Beziehung zwischen Familienarbeit und Kinderwunsch erweist sich allerdings die Anzahl der bereits vorhandenen Kinder. Insgesamt scheint sich die Aufteilung der Familienarbeit vor allem auf den Kinderwunsch und damit die Wahrscheinlichkeit einer Geburt selbst auszuwirken, lautete sein Fazit.

Männliche und weibliche Sichtweisen auf die Teilung der Hausarbeit

Nach wie vor sind die Einstellungen von Frauen und Männern zum traditionellen Familienmodell ein wichtiger theoretischer Bezugspunkt in der Familienforschung. Sie sind die Grundlage für eine Vielzahl von Phänomenen wie auch die Aufteilung von Hausarbeit in Paarbeziehungen. In seinem Vortrag berichtete Dr. Florian Schulz (Universität Bamberg) auf der Grundlage einer Studie über die Einstellungen zur Hausarbeitsteilung in Deutschland aus dem Jahr 2016. Dabei stellt er zugleich einen neuen Ansatz zur Messung eines wichtigen Merkmals der Arbeitsteilungsforschung vor.

Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steht der Einfluss der Elternschaft und der Erwerbskonstellation beim Paar auf die Einstellung zur Hausarbeitsteilung. „Dazu werden in Erweiterung der üblichen Messungen zusätzlich die Einstellungen zu „typisch weiblichen Tätigkeiten“ bzw. „typisch männlichen Tätigkeiten“ gemessen und mit den Einstellungen zur „Hausarbeit im Allgemeinen“ verglichen“, erläuterte Schulz. Der Vergleich ermöglicht somit eine Einschätzung, woran die Befragten denken, wenn sie zu ihrer Einstellung zur Hausarbeitsteilung befragt werden.

Das Dilemma des Elternseins zwischen Erwerbsarbeit und Fürsorge

Im Zentrum des Vortrages von Dr. Eva-Maria Schmitt (Universität Wien) stand die Frage, wie die Gestaltung der Erwerbsarbeit zu einer ungleichen oder gleichen Aufteilung von elterlichen Verantwortlichkeiten zwischen Müttern und Vätern während des Übergangs zur Elternschaft

beiträgt. Anhand einer qualitativen österreichischen Studie, die über einen Zeitraum während der Schwangerschaft und postnatal bei 11 Paaren durchgeführt wurde, machte sie deutlich, dass eine gerechtere Aufteilung unter beiden Elternteilen durchaus möglich ist. Dazu sind Änderungen bei der Einstellung zur väterlichen Elternkarenz ebenso nötig wie eine Aufwertung der mütterlichen Erwerbsarbeit, die nicht als rein „notwendiger Zuverdienst“ zum Einkommen des Vaters gesehen werden sollte. Sie plädierte für eine Ausweitung des Fürsorgebegriffs, der sich nicht nur auf Betreuungsaktivitäten des Kindes beschränken sollte: „Die Erwerbsarbeit von Eltern wird in der Studie auch als Geldverdienen mit Fürsorgecharakter konstruiert mit dem Ziel, die Familie finanziell absichern zu wollen“, analysierte die Soziologin.

Wer nutzt die medizinischen Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und unter welchen Bedingungen? Dr. Jasmin Passet-Wittig gab zu dieser Frage einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand. (Bild: BiB)

Wer nutzt die Reproduktionsmedizin zur Familiengründung oder -erweiterung?

Betroffenen von Fertilitätsproblemen steht heutzutage mit der Reproduktionsmedizin eine relativ neue Handlungsoption zur Verfügung. Wer diese Form medizinischer Hilfe zur Familiengründung bzw. -erweiterung unter welchen Bedingungen nutzt, präsentierte Dr. Jasmin Passet-Wittig (BiB) auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme des internationalen Forschungsstandes. Ziel des Literaturüberblicks, an dem sie gemeinsam mit Arthur L. Greil (Alfred University, New York) arbeitet, war die Sichtung vorhandener Befunde zur Nutzung der Reproduktionsmedizin. Zum anderen diskutierte sie die Defizite der bisherigen Forschung und identifizierte zentrale Forschungsbedarfe. „Das Forschungsfeld erscheint insgesamt sehr fragmentiert“, betonte sie. Zudem gibt es nur wenige sichere Befunde, da die Ergebnisse der Untersuchungen aufgrund methodischer Probleme und stark variierender nationaler Rahmenbedingungen kaum vergleichbar sind. Der überwiegende Teil der vorliegenden Studien befasst sich mit den sozio-demografischen und sozioökonomischen Einflussfaktoren auf die Nutzung der Reproduktionsmedizin. „Weit weniger systematisch wurden bislang individuelle Einstellungen, Paarmerkmale sowie Aspekte des nationalen Kontextes hinsichtlich ihres Einflusses auf die Nutzung medizinischer Hilfe untersucht“, sagte sie. Nach wie vor existieren also viele Forschungslücken. „Es bedarf geeigneter, international vergleichender Datensätze sowie stärker systematisch ausgerichteter sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze, in denen das betrachtete Handeln als Teil generativen Handelns verstanden wird“, resümierte die Soziologin.

Hemmt die Angst vor Überforderung die Fertilität von Eltern?

Die Vorstellungen von Elternschaft sind in Deutschland von einer hohen Anspruchshaltung an die eigene Elternrolle geprägt – sowohl auf der individuellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Haben diese Erwartungshaltungen Auswirkungen auf den Kinderwunsch? Um diese Frage zu beantworten, untersuchte Kerstin Ruckdeschel (BiB) individuelle und gesellschaftliche Ansprüche an Elternschaft in Form von Leitbildern. Diese umfassen die Aspekte finanzielle Absicherung, emotionale Bereitschaft, informierte Erziehung, aktive Elternschaft, aber auch die Überforderung durch zu hohe Ansprüche. Ruckdeschels Befunde bestätigen, dass persönliche Leitbilder zur verantworteten Elternschaft vor allem für Kinderlose und Ein-Kind-Eltern ohne (weiteren) Kinderwunsch charakteristisch sind: „Es hat sich gezeigt, dass eine hohe Zustimmung zum Leitbild informierte Erziehung vor allem bei Kinderlosen ohne Kinderwunsch zu finden ist und dass das Leitbild aktiver Elternschaft den Wunsch nach einem zweiten Kind schwächt“, analysierte die Soziologin. Hinzu komme die hohe persönliche Bedeutung finanzieller Absicherung, die die Chance, ein erstes oder weiteres Kind zu wollen, einschränkt. Eine Ausnahme bilden hier lediglich kinderreiche Familien. Auf der gesellschaftlichen Ebene stehen die Frage nach der emotionalen Bereitschaft und das Gefühl der Überforderung durch

Verantwortung in einem negativen Zusammenhang zu einem weiteren Kinderwunsch. Als eine Schlussfolgerung ergibt sich, dass die Alltagserfahrung mit Kindern einen wesentlichen Faktor für die Beeinflussung von Leitbildern darstellt.

Macht Elternschaft glücklich (oder nicht)?

Die Frage, ob Elternschaft die Lebenszufriedenheit senkt oder fördert, stand im Fokus des Vortrags von Dr. Franz Neuberger (Deutsches Institut für Jugendforschung, München) in Kooperation mit Klaus Preisner (Universität Zürich) sowie Lukas Posselt (École des Hautes Études en Sciences Sociales, Paris). Dabei wurde mit Blick auf die individuelle Situation und die sozialen Normen der Mutterschaft die Entwicklung der Beziehung zwischen Elternschaft und Lebenszufriedenheit in Deutschland zwischen 1984 und 2015 betrachtet. Auf der Basis von Daten des deutschen Sozio-oekonomischen Panels wurden intra- und interpersonelle Effekte der Mutterschaft auf die Lebenszufriedenheit in Bezug zu den Normen für Mutterschaft untersucht. Die Befunde wiesen darauf hin, dass negative Effekte von Mutterschaft auf die Lebenszufriedenheit heutzutage weniger verbreitet sind als in der Vergangenheit. „Damit wird die Annahme bestätigt, dass der sogenannte „happiness gap“ von Eltern verschwunden ist. Der Übergang zur Mutterschaft ist in zunehmendem Maße als der Lebenszufriedenheit förderlich anzusehen, während zugleich soziale Normen an Mutterschaft an Boden verloren haben“, betonte Dr. Neuberger.

Beeinflusst das kindliche Befinden die Berufsrückkehr von Müttern?

Das Thema „Erwerbstätigkeit und Leben mit Kindern“ stand im Zentrum von Session 5. Hier beschäftigte sich Dr. Irina Hondralis (Universität Frankfurt) in Kooperation mit Corinna Kleinert (Universität Bamberg) mit der Frage, ob die kindliche Entwicklung bei der Entscheidung über die Rückkehr in den Beruf für Mütter eine Rolle spielt. Ihre Ergebnisse auf Basis von Längsschnittanalysen der National Educational Panel Study (NEPS-SC1) zeigen, dass eine negative Befindlichkeit der Kinder im ersten Jahr nach der Geburt keinen Einfluss auf den Wiedereinstieg der Mütter in den Beruf hat.

Ausbau von Kinderbetreuung und Müttererwerbstätigkeit

Wirken sich höhere finanzielle Zuwendungen bei der öffentlichen Kinderbetreuung für unter Dreijährige positiv auf die Erwerbstätigkeit und die Höhe der wöchentlichen Arbeitsstunden von Müttern mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen in West- und Ostdeutschland aus? Dieser Frage ging Gundula Zoch (Universität Bamberg) nach. Ihre Auswertungen auf der Grundlage von Daten des Sozio-oekonomischen Panels belegen einen positiven Effekt von höheren Zuschüssen bei der Kinderbetreuung auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden. „Dies gilt besonders für Westdeutschland“, betonte sie. Dabei wird die positive Beziehung bei den westdeutschen Müttern vor allem durch Teilzeitbeschäftigung und Zweitgeburten vorangetrieben, besonders bei jenen mit einem mittleren und höheren Bildungsstand. Für das kleinere Sample der ostdeutschen Mütter erweisen sich die Zusammenhänge als vernachlässigbar. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass dort vor allem unter den Müttern mit mittlerem Bildungsstand eine positive Verbindung zwischen der Bereitstellung von Kinderbetreuung und Vollzeiterwerbstätigkeit existiert.

Komplexe Wege zum Kinderreichtum

Dr. Uta Brehm und Dr. Martin Bujard (beide BiB) untersuchten, wie kinderreiche Mütter ihre drei Geburten in ihren Lebens- und Erwerbsverlauf einbetten – und wie sich diese Einbettungsmuster entlang verschiedener sozialdemografischer, partnerschaftlicher und familienpolitischer Bedingungen unterscheiden. „Beim Zusammenspiel von beruflichen Lebensverläufen und Geburten von kinderreichen Frauen gibt es eine Forschungslücke“, betonte Dr. Brehm. Bisherige Ansätze legten bei der Untersuchung zu Wegen in den Kinderreichtum den Fokus auf den Zeitpunkt und die Umstände des Übergangs zum dritten Kind. Dabei wurde allerdings die Komplexität der biografisch deutlich früher beginnenden Entstehung kinderreicher Familien übersehen. So sind die Zeitpunkte und Abstände aller drei Geburten ebenso von Bedeutung wie das Vereinbarkeitsarrangement der Mütter zwischen und nach den Geburten. Daher ist es notwendig, diese Perspektive entsprechend zu erweitern.

Die Analysen zeigen verschiedene typische Wege in den Kinderreichtum, deren Verteilung durch den Wandel in Kultur und Struktur, die Bildung und Erwerbsori-

entierung sowie insbesondere die Familien- und Partnerschaftsbiografie beeinflusst wird. Beispielsweise entscheiden sich vor allem berufserfahrene Frauen in besonders stabilen Partnerschaften dafür, mit der Geburt der Kinder langfristig zuhause zu bleiben. Eine Rückkehr in Teilzeit im Anschluss an jeweils einige Jahre Betreuung aller drei Kinder hat hingegen mit den familienpolitischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte zugenommen.

Der gewählte Ansatz verdeutlicht die Bedeutung einer differenzierteren, lebensverlaufsbezogenen Betrachtung von weiblichen Wegen in den Kinderreichtum. Damit wird das Wissen über die Wechselwirkungen von Geburten, Erwerbstätigkeit und deren Bedingungsfaktoren ergänzt. „Dies ist nicht zuletzt auch familienpolitisch relevant“, betonte Dr. Brehm.

Bernhard Gückel, BiB

Binnenwanderung in Deutschland – was wir wissen und was nicht

Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland zu schaffen und regionale Disparitäten abzubauen. Ein wichtiger Einflussfaktor auf Disparitäten zwischen den Regionen ist die Binnenwanderung, welche im Fokus des diesjährigen Berliner Demografieforums stand. Die Veranstaltung hat deutlich gemacht, dass ein dringender Forschungsbedarf zum Thema Binnenwanderung besteht, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen von Binnenwanderung auf die regionale Bevölkerungsentwicklung. Die Forschung zu diesem Thema wird am BiB gestärkt, um die Forschungslücke zu verringern und Handlungsoptionen für politische Entscheidungsträger bei Bund, Ländern und Kommunen aufzuzeigen.

Erhöhter Forschungsbedarf: Beim Expertenpanel zur „Binnenwanderung in Deutschland“ des BDF plädierte Dr. Nikola Sander (2. von links) vom BiB für eine Stärkung der Forschung zu den Auswirkungen der Binnenmigration auf die regionale Bevölkerungsentwicklung. Am BiB werde dieses Thema künftig weiter gefördert. Damit könnten weitere Handlungsoptionen für die politischen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen politischen Ebenen aufgezeigt werden. (Bild: BiB)

Erhöhter Forschungsbedarf der Binnenwanderung

Auf den erhöhten Forschungsbedarf wies Dr. Nikola Sander vom BiB bei einer Podiumsdiskussion zur Binnenmigration beim diesjährigen Berliner Demografieforum in Deutschland am 10. und 11. April 2018 in Berlin hin. Bisherige Studien haben gezeigt, dass jährlich etwa 3 % der deutschen Bevölkerung über Kreisgrenzen hinweg umziehen. „Insgesamt verlief die Entwicklung der Binnenwanderung in den letzten Jahrzehnten erstaunlich stabil“, betonte Dr. Sander. Allerdings deutet sich in den letzten Jahren eine Trendumkehr der Wanderungen zwischen städtischen Regionen und deren Umland an. Die jüngere Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen zieht aufgrund steigender Immobilien- und Mietpreise weniger häufig in die Großstädte wie Berlin, Frankfurt oder Hamburg, während die Familien häufiger aus den Großstädten raus ins Umland ziehen. Diese Trendwende der letzten Jahre näher zu beleuchten und die Auswirkungen auf die regionale Bevölkerungsverteilung zu untersuchen, ist ein Fokus der Forschung am BiB im Jahr 2018.

Kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Problem des politischen Umgangs mit der Zuwanderung

Das Berliner Demografieforum stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Zukunft gestalten: Binnenwanderung und Migration in Europa“. Dabei diskutierten nationale und internationale Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft neben der Entwicklung der Binnenwanderung in Deutschland und Europa unter anderem die Konsequenzen und Herausforderungen der zunehmenden Migration. So untersuchte das Panel „Domestic and In-

ternational Migration in Europe“ wie es um die aktuelle Datenlage zur Mobilität in Europa, der Zuwanderung von außerhalb Europas und der Bewegung von Flüchtlingen in Mitgliedsländern und -regionen bestellt ist. Deutlich wurde hier, dass vor allem die Qualität der erhobenen Daten zur Migration noch erheblicher Verbesserung bedarf. Es müsse darüber diskutiert werden, wie Migration effektiver gemessen wird, lautete eine Forderung. Einigkeit herrschte auch darüber, Bildungsangebote zur beruflichen Eingliederung als Schlüsselelemente für eine erfolgreiche Integration zu sehen. Zudem müsse der Zugang zum Arbeitsmarkt unter Beachtung der vorhandenen Fähigkeiten der Flüchtlinge erleichtert werden. Im Verlauf der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass man nicht von einer Flüchtlingskrise reden solle, sondern vielmehr von einer Krise der europäischen Reaktion der Politik und der Lastenverteilung zwischen den Ländern.

Im Zentrum der restlichen Panels standen neben der Zukunft Afrikas auch Analysen aus dem Bereich „Frailty Research“. Hier wurden unter biomedizinischen und versorgungswissenschaftlichen Aspekten im internationalen Vergleich Daten und Versorgungsansätze zum Thema „Frailty“ (deutsch: Gebrechlichkeit) präsentiert und analysiert.

Bernhard Gückel, BiB

Homepage des BDF

https://www.berlinerdemografieforum.org/bdf-2018/fokus-2018/

Das BiB in den Medien

Größerer Anteil an Migrantinnen und langfristige Effekte der Familienpolitik – Dr. Martin Bujard über die Gründe steigender Geburtenzahlen in Deutschland

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2016 mehr als 792.000 Kinder geboren und damit sieben Prozent mehr als im Jahr davor. Worin liegen die Ursachen für diesen Anstieg? Im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 29. März 2018 analysierte Dr. Martin Bujard die Situation und nannte zwei Hauptgründe für das Geburtenwachstum.

So entscheiden sich immer mehr Frauen im Alter zwischen 30 und 37 Jahren für ein Kind, darunter viele Akademikerinnen. In dieser Gruppe ist bereits seit geraumer Zeit ein Rückgang der Kinderlosigkeit zu verzeichnen. Aus der Sicht von Dr. Bujard wirkt sich hier mit einer gewissen Zeitverzögerung der vor über 10 Jahren eingeleitete Ausbau der Familienpolitik aus. Dies gelte vor allem für die Kinderbetreuung, betonte er im Interview. Solche familienpolitischen Maßnahmen benötigten Zeit, wie der Blick auf europäische Ländervergleiche zeige. So wollten gerade gutausgebildete Frauen Gewissheit haben, dass das mit der Kinderbetreuung auch wirklich funktioniere. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde für die jüngeren deutschen Frauen ein immer wichtigeres Ziel im Leben, analysiert der Sozialwissenschaftler.

Migrantinnen bekommen mehr Kinder

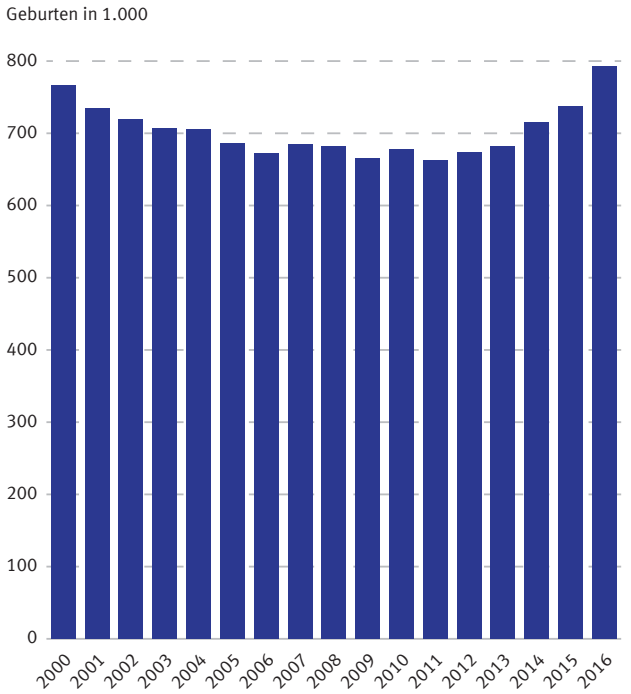
Hinzu komme ein zweiter Faktor: der Geburtenanstieg bei einer zugleich wachsenden Zahl von Migrantinnen. Im Jahr 2016 brachten sie 185.000 Babys zur Welt und damit ein Viertel mehr als 2015. Für Dr. Bujard ist klar, dass dieser Trend anhalten werde, da der Anteil ausländischer Frauen an der Gesamtbevölkerung weiter wachse. Als einschränkend könnte sich aber die Tatsache erweisen, dass sich die Kinder der Migranten später an das deutsche Leitbild der Zwei-Kind-Familie anpassen könnten.

Da nur relativ wenige Familien sich für ein drittes Kind entscheiden und gleichzeitig jede fünfte Frau kinderlos bleibt, lag die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) im Jahr 2016 in Deutschland bei 1,59 Kindern je Frau und damit deutlich unter dem notwendigen Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern.

Wie kann die Geburtenzahl gesteigert werden?

Damit stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln es gelingen kann, die Geburtenrate in Deutschland weiter zu steigern. Für Dr. Bujard spielt hier die Vereinbarkeit von

Abb. 1: Zahl der Lebendgeborenen 2000-2016



Quelle: Statistisches Bundesamt 2018 © BiB 2018

Familie und Beruf eine entscheidende Rolle. So müssten sich die Betriebe und die gesamte Wirtschaft „noch stärker an das Familienleben anpassen und den Eltern mehr Freiräume geben“.

Zudem müsse der Ausbau qualitativ hochwertiger Krippen- und vor allem der Hortplätze schnell und flächendeckend weiter vorangetrieben werden. Eine zentrale Ursache für die niedrige Kinderzahl ist jedoch die verbreitete Zwei-Kind-Norm, die kulturell verankert ist. Was für einen stärkeren Anstieg der Geburten notwendig wäre, wäre „ein richtiger Kulturwandel“, lautet seine Schlussfolgerung.

Bernhard Gückel, BiB

„Zentraler Unterschied zwischen Stadt und Land“: Dr. Martin Bujard über die Ursachen regional schwankender Kinderzahlen

Die Zahl der Geburten schwankt in Deutschland je nach Region erheblich, wie eine kürzlich erschienene Studie des BiB zur endgültigen Kinderzahl von Frauen der Geburtsjahrgänge 1969 bis 1972 gezeigt hat. Angesichts einer gestiegenen Geburtenzahl im Jahr 2016 analysierte Dr. Martin Bujard im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vom 2. April 2018 die Ursachen für niedrige Kinderzahlen in vielen deutschen Kommunen.

Erstmals wurde in der BiB-Studie die endgültige Kinderzahl von Frauen für alle 402 Kreise berechnet. Dabei zeigten sich erhebliche Unterschiede der Kinderzahlen pro Frau: In einzelnen Landkreisen im Emsland, Odenwald und Allgäu sind es knapp zwei, während in Passau, Kiel, Gera, Würzburg sowie in München, Düsseldorf und Köln nur 1,0-1,2 Kinder pro Frau geboren wurden.

Unterschied zwischen Stadt und Land

„Der zentrale Unterschied ist der zwischen Stadt und Land“, erklärte Dr. Bujard. Seine Untersuchungen hätten zudem gezeigt, dass die endgültige Kinderzahl auch mit anderen Faktoren zusammenhänge. So sei sie zum Beispiel in den Regionen höher, in denen die Arbeitslosigkeit niedrig sei und eine katholische Prägung sowie ein Männerüberschuss vorherrsche. Als wichtigen Faktor hat sich auch das Vorhandensein von Wohnungen mit mehr als fünf Räumen gezeigt. Passender Wohnraum für Familien mit drei oder mehr Kindern sei zentral, so Bujard, nicht nur aber besonders in Städten. Es gebe hier einen riesigen Nachholbedarf, gerade was Wohnraum für größere Familien und „familienfreundliche Umgebungen“ angehe, kritisierte er. Dagegen böten sich auf dem Land mehr Freiräume für das Familienleben. In der Großstadt seien wiederum größere Freizeitangebote eine attraktive Alternative zum Elternsein. Darüber hinaus blieben nach wie vor „hochwertige Kindertagesstätten und Ganztagesschulangebote wichtig“.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur von BiB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern

Linda Lux, Detlev Lück (2017):
Does „Nine“ make all the difference? Differences in first births between natives and Turkish migrants in Western Germany. In: Turkish Journal of Population Studies 39: 27-66

Wie lässt sich das dauerhaft unterschiedliche Fertilitätsniveau zwischen deutschen und türkischen Paaren in Deutschland erklären?Antworten auf diese Frage suchen Linda Lux und Detlev Lück in einem Beitrag für die Zeitschrift „Turkish Journal of Population Studies“.

Dabei richten sie ihr Forschungsinteresse auf die Tatsache, dass junge türkische Paare in deutlich größerem Maße als deutsche Paare auf die Unterstützung ihrer Mütter bei der Kinderbetreuung zurückgreifen können. Es wird angenommen, dass das größere Unterstützungspotenzial auf türkischer Seite an der Motivation, eine Familie zu gründen, erheblichen Anteil hat.

Auf der Basis von Daten der ersten Welle des Generations and Gender Survey (GGS) wird deutlich, dass die Voraussetzungen für die Kinderbetreuung der Enkel unter den türkischen Migranten tatsächlich deutlich günstiger sind als bei den deutschen Paaren: Sie leben oftmals näher beim Wohnort der Mütter und weisen im Durchschnitt eine bessere Qualität der Familienbeziehung auf. Zugleich bestätigt sich eine höhere Wahrscheinlichkeit unter den türkischen Paaren für die Bereitschaft zur Gründung einer Familie. Insgesamt gibt es allerdings keine Indikatoren dafür, dass die festgestellten Unterschiede beim Unterstützungspotenzial durch die Großmütter einen Beitrag zur Erklärung der dauerhaften Fertilitätsunterschiede zwischen deutschen und türkischen Paaren in Deutschland bieten können.

Download des Artikels

http://www.hips.hacettepe.edu.tr/nbd_cilt39/makale2.pdf

Jasmin Passet-Wittig, Norbert F. Schneider (2018):
Imaginability of adoption, foster care, and life without a(nother) child and stress in women and men in fertility treatment. In Journal of Health Psychology. DOI: 10.1177/1359105318758.

Obwohl die Geburtenraten in vielen europäischen Ländern niedrig sind, wünschen sich viele Menschen eigene Kinder. Elternschaft ist für die meisten ein zentrales Lebensziel. Dabei ist die Erfahrung von Infertilität und einer eventuellen medizinischen Behandlung zur Erfüllung des Kinderwunsches für viele Frauen und Männer sehr belastend. Da die Erfolgsaussichten einer medizinischen Behandlung nicht sehr hoch sind, ist es wichtig, sich frühzeitig mit Alternativen zu einem mit medizinischer Hilfe gezeugten Kind auseinanderzusetzen.

Die Studie zeigt, dass die Mehrheit der befragten Patienten der PinK-Studie (Paare in Kinderwunschbehandlung) sich am Anfang der Behandlung keine Alternative zur medizinischen Behandlung vorstellen kann. Von den genannten Alternativen wurden die Möglichkeiten Adoption und Pflegeelternschaft gegenüber einem Leben ohne ein (weiteres) Kind bevorzugt. Weiterhin zeigte die Untersuchung, dass diejenigen, die sich Alternativen vorstellen können, eine geringere Stressbelastung haben.

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies – News

Neue Beiträge online erschienen

Annegret Haase, Manuel Wolff, Petra Spackova, Adam Radzimski (2018):
Reurbanisation in Postsocialist Europe – A Comparative View of Eastern Germany, Poland and the Czech Republic

Statt von einem „Verschwinden der Städte“ wird in Europa seit geraumer Zeit wieder von einem Trend zur Urbansierung gesprochen: Ehemals schrumpfende Städte haben Mittel und Wege gefunden, ihre Bevölkerungszahlen zu stabilisieren bzw. noch zu stei-

gern. Dies gilt besonders für Regionen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich. Aber nicht nur dort, sondern quer über dem Kontinent hat sich eine lebhafte Debatte zu diesem Thema etabliert. Dies gilt allerdings nicht für die Länder im postsozialistischen Osteuropa. Somit fehlt deren Erfahrungshorizont in diesem Diskurs. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass tschechische und polnische Städte ebenfalls Zeichen eines neuen innerstädtischen Wachstums und einen Trend der Stabilisierung der Stadtkerne erleben.

Vor diesem Hintergrund diskutiert der Beitrag, ob Reurbanisierung auch für die Städte ehemals sozialistischer Länder ein Thema oder Trend ist. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwieweit sich der Trend zur Reurbanisierung auch in den postsozialistischen Kontexten in Polen, Tschechien und Ostdeutschland entfaltet hat und welche Faktoren die Entfaltung bzw. Entwicklung beeinflusst haben. Darüber hinaus wird auch eine Antwort auf die Frage gesucht, welchen Beitrag eine Reurbanisierungsperspektive der betrachteten Länder zur wissenschaftlichen Debatte liefern kann.

Die Analysen zeigen, dass vor allem die Städte in Ostdeutschland aufgrund ihrer spezifischen Situation und Transformationsverläufe als Sonderfälle gelten müssen. Sie weisen typische Anzeichen sowohl postsozialistischer als auch westlicher Wohlfahrtskontexte auf mit besonders dynamischen Reurbanisierungsprozessen nach einer Phase extremen Schrumpfens. Dagegen sind in polnischen und tschechischen Städten zwar klare Anzeichen für eine innerstädtische Reurbanisierung erkennbar vorhanden. Gleichwohl scheint es unwahrscheinlich zu sein, dass der Prozess dort in den kommenden Jahren das gleiche hohe Niveau wie die Städte Ostdeutschlands erreichen wird.

Download der Beiträge unter

http://www.comparativepopulationstudies.de

Paul Gans (2018):
Urban Population development in germany (2000-2014): The Contribution of Migration by Age and Citizenship to Reurbansiation

Die kreisfreien Städte in Deutschland verzeichneten von 2000 bis 2014 ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum im Vergleich zu städtischen wie ländlichen Kreisen. Diese Entwicklung ergibt sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Migrationsprozesse, die sowohl von Bedingungen auf nationaler bzw. internationaler Ebene als auch von standortspezifischen Charakteristika der Städte maßgeblich beeinflusst werden. Motoren des Bevölkerungswachstums sind die Zuzugsüberschüsse der 18- bis unter 25-Jährigen, die hohe Gewinne in Großstädten mit einem breit gefächerten weiterführenden Bildungsangebot erzielen, sowie der 25- bis unter 30-Jährigen, die eine deutlich stärkere Tendenz zugunsten von Metropolen mit einer wissensbasierten Wirtschaftsstruktur und einem diversifizierten Arbeitsangebot haben.

Der Beitrag untersucht die zugrundliegenden Prozesse, die in hohem Maße von Binnen- und Außenwanderungen determiniert sind. Dabei ist sowohl eine räumliche als auch eine zeitliche Perspektive zu berücksichtigen. Es wird deutlich, dass die Reurbansierungstrends in Deutschland aus der Kombination von räumlichen Bevölkerungsbewegungen unterschiedlicher Alters- und Bevölkerungsgruppen resultieren, die ihrerseits Ausdruck für die verschiedenen Vor- und Nachteile von Regionen und Orten sind.

Bernhard Gückel, BiB

Lehraufträge

PD Dr. Heiko Rüger hat im Februar 2018 die Lehrveranstaltung „Social Medicine – Aspects from Debt and Poverty“ innerhalb des Moduls „Prevention in Medicine and Public Health“ des Studiengangs „Master of Science in Epidemiology (MSE)“ am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik (IMBEI) an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz gehalten. Vermittelt wurden Grundzüge des Fachs Sozialmedizin, wobei insbesondere die gesundheitliche Teilhabe der von Armut und Überschuldung betroffenen Bevölkerung thematisiert wurde.

Vorträge

Dr. Manfred G. Scharein: Die Berechnung zusammengefasster Wiederverheiratungsziffern im Lichte neuer Entwicklungen

Bei der statistischen Beschreibung der Wiederverheiratung Geschiedener gibt es erhebliche Schwierigkeiten. Neben fehlenden Daten in der amtlichen Statistik, welche eine direkte Berechnung der zusammengefassten Wiederverheiratungsziffer für Deutschland verhindern, haben dazu auch der Verlust der Attraktivität von Ehe und Familie und zugleich die steigende Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften beigetragen.

Vor diesem Hintergrund gab **Dr. Manfred G. Scharein** beim Treffen des Arbeitskreises mathematisch-statistische Methoden des Statistischen Bundesamtes am 16. März 2018 in Wiesbaden in seinem Vortrag zunächst einen kurzen Überblick über praktikable Schätzmethoden und die dabei auftretenden Probleme bei der Umsetzung und Interpretation. Dabei erläuterte er Probleme der Berechnungsverfahren und gab Empfehlungen für die Verwendung einer anderen als der bisher genutzten Datenbasis.

Die vom Statistischen Bundesamt und vom BiB seit 1997 angewandten Schätzmethoden stellen aus seiner Sicht „ordentliche Annährungen für die „wahre“ zusammengefasste Wiederverheiratungsziffer dar“, betonte Dr. Scharein. Beide Wege seien plausibel, allerdings differieren sie in Abhängigkeit von Trends und zyklischen Schwankungen in den absoluten Scheidungen. Zudem kommt erschwerend hinzu, dass Muster in den Wiederverheiratungsintensitäten, die den Trends und Schwankungen entgegenlaufen, das Schätzergebnis (systematisch) verzerren könnten.

Da die Schätzmethode des BiB auf einer Schätzung der Wiederverheiratungsintensitäten beruht, hängt die Treffgenauigkeit der geschätzten zusammengefassten Wiederverheiratungsziffer von deren Validität ab. Dies bejahte Dr. Scharein für die Schätzung der Wiederverheiratungsintensitäten auf Basis von (Survey-)Daten für Deutschland: Dies sei mit dem GGS – Generations and Gender Survey aus den Jahren 2005/06 – möglich. Nachteil seien hier aber die geringen Fallzahlen und die „alten“ Daten. Dagegen ließen die Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) auf höhere Fallzahlen und eine größere Aktualität hoffen. Dies müsste aber durch künftige Forschung noch bestätigt werden.

Dr. Volker Cihlar: Welche Faktoren beeinflussen die Dauer der Erwerbstätigkeit im Ruhestand?

Erwerbstätigkeit nach dem Eintritt in die Rente ist meist ein Kurzzeitphänomen. Die gesamte Dauer der Beschäftigung im Ruhestand hängt dabei von verschiedenen Bedingungen, wie etwa der Ausgestaltung des Jobs, ab. Welche Faktoren Einfluss auf die Dauer der Erwerbstätigkeit haben, untersuchte **Dr. Volker Cihlar** in seinem Vortrag (in Kooperation mit Prof. Dr. Ursula M. Staudinger, Columbia University, New York) bei der Konferenz „Aging Workforce: Older Workers and Immigrants as New Pillars of Western Economies?“ am 2. März 2018 in Prag. Entscheidend war für ihn dabei die Frage, ob es Unterschiede gibt zwischen jenen, die im Ruhestand weiter in ihrem Karriereberuf arbeiten und jenen, die nach dem Eintritt in den Ruhestand einer veränderten Beschäftigung nachgehen. „Kenntnisse über die Mechanismen der Dauer von Erwerbstätigkeit im Ruhestand ermöglichen es, motivierende und zufriedenstellende Arbeitsplatzanforderungen und -bedingungen für ältere Beschäftigte zu schaffen“, sagte Dr. Cihlar.

Seine Analysen auf Basis der Daten des BiB-Surveys „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ zeigen, dass Personen, die im Ruhestand einer veränderten Beschäftigung als der bisher ausgeübten nachgingen, 1,9 Jahre

Wie wichtig Kenntnisse über die Dauer von Erwerbstätigkeit im Ruhestand für zufriedenstellende Arbeitsplatzanforderungen und -bedingungen sind, betonte Dr. Volker Cihlar in seinem Vortrag.
(Bild: Keynote)

länger erwerbstätig waren als diejenigen, die ausschließlich ihren bisherigen Beruf weiter verfolgten: „Der Wechsel der Beschäftigung ist eine stabile Vorhersagevariable für die Dauer der Erwerbstätigkeit in allen untersuchten Modellen“, sagte der Gerontologe. Eine Rolle spielt hier auch der sozioökonomische Status: Diejenigen, die im Ruhestand einen niedrigeren Beschäftigungsstatus als vorher hatten, tendierten dazu, ihre Erwerbstätigkeit im Ruhestand früher zu beenden als diejenigen mit einem vergleichbaren Status zu ihrer ursprünglichen Tätigkeit. Die Befunde machen zudem deutlich, dass die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen für Erwerbstätige im Ruhestand sowohl für den Arbeitgeber als auch den Arbeitnehmer ein gewisses Maß an Neuerungen im Arbeitsbereich sicherstellen sollte: „Ein Arbeitsplatz, der neu eingerichtet bzw. für Erwerbstätigkeit im Ruhestand zugeschnitten wurde, kann sowohl für die Motivation als auch für die Handhabbarkeit der übertragenen Arbeitsaufgaben förderlich sein“, betonte Dr. Cihlar. Dies steigert die Verbleibdauer im Ruhestands-Job. Letztlich sollten sich Erwerbstätige im Ruhestand daher Aufgaben suchen, die sowohl neuartig und herausfordernd als auch mit dem früheren Berufsstatus vergleichbar sind, um die Zeit als Erwerbstätiger im Ruhestand gewinnbringend und zufriedenstellend gestalten zu können.

Bernhard Gückel, BiB

Nachruf

Wir trauern um Prof. Dr. Josef Schmid

Am 8. April 2018 ist Prof. Dr. Josef Schmid verstorben. Er war einer der renommiertesten Bevölkerungswissenschaftler in Deutschland.

Seine Habilitationsschrift „Bevölkerung und soziale Entwicklung“ ist bis heute ein Standardwerk der Bevölkerungsforschung. Daneben hat er zahlreiche weitere einflussreiche Schriften mit verfasst. Darunter die Werke „Einführung in die Bevölkerungssoziologie“, publiziert 1976, „Bevölkerung – Umwelt – Entwicklung. Eine humanökologische Perspektive“, erschienen 1994 oder „Bevölkerungswissenschaft im Werden – Die geistigen Grundlagen der deutschen Bevölkerungssoziologie“, veröffentlicht im Jahr 2007.

Bild: Maurer-Hörsch/Bamberg

Josef Schmid wurde 1937 in Linz in Österreich geboren. Er studierte zunächst Betriebs- und Volkswirtschaft an der Ludwig Maximilians-Universität München und der Leopold Franzens-Universität Innsbruck, später wandte er sich dem Studium der Fächer Soziologie, Psychologie und Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Ludwig Maximilians-Universität München zu. 1974 promovierte der Diplom-Volkswirt mit einer kultursoziologischen Dissertation. Die Habilitation zum Dr. rer. pol. habil. erfolgte 1980 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität München. Diese erschien 1984 in der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. 1980 wurde Prof. Schmid auf den ersten Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg berufen, den er bis 2003 innehatte. Auch nach seiner Emeritierung blieb Prof. Schmid weiterhin in Lehre und Forschung tätig und in der Politikberatung zu bevölkerungswissenschaftlichen Fragestellungen engagiert. Mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung war er insbesondere als Mitglied des Kuratoriums von 1981 bis 2007 eng verbunden.

Wir verlieren mit Prof. Dr. Josef Schmid einen weit über Deutschland hinaus anerkannten Wissenschaftler und einen hoch geschätzten Menschen. Wir werden ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Personalien

Dr. Jürgen Dorbritz in den Ruhestand verabschiedet

Nach 26-jähriger Tätigkeit am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) ist Forschungsdirektor **Dr. Jürgen Dorbritz** nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand verabschiedet worden.

Jürgen Dorbritz studierte Soziologie an der Berliner Humboldt-Universität und schloss das Studium im Jahr 1980 mit dem Diplom ab. Seine Dissertation zum Thema „Geburtenfördernde Bevölkerungspolitik und die Wirkungsweise der sozial- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen in der DDR seit 1970“ reichte er 1988 an der Berliner Akademie der Wissenschaften ein, wo er anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter wirkte. In seine Berliner Zeit fiel auch die Gründung des Instituts für Angewandte Demographie (IFAD), an der Dr. Jürgen Dorbritz maßgeblich beteiligt war. Im Juni 1992 wechselte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, wurde 2007 zum Forschungsdirektor ernannt und gehörte seit 2009 der Institutsleitung an.

In weit über 70 Publikationen beschäftigte er sich mit dem Thema Fertilität, familiale Lebensformen oder Kinderlosigkeit. Sein differenziertes Wissen über die Bevölkerungsentwicklung Ostdeutschlands brachte er nicht nur in wissenschaftlichen Veröffentlichungen ein, sondern auch in verschiedenen Expertengremien wie beispielsweise der Enquêtekommission des sächsischen Landtags oder dem wissenschaftlichen Beirat am Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Darüber hinaus engagierte er sich über viele Jahre hinweg in wissenschaftlichen Vereinigungen und war über mehrere Jahre als Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Demographie tätig.

Am 28. Februar 2018 wurde Dr. Jürgen Dorbritz im Kreise seiner Kolleginnen und Kollegen vom Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, und dem Vorsitzenden des örtlichen Personalrats, Robert Naderi, offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Um den Übergang in den neuen Lebensabschnitt nicht zu abrupt zu vollziehen, wird Dr. Jürgen Dorbritz noch bis Ende des Jahres eine historisch-demografische Publikation mit dem Titel „Bevölkerungsgeschichte Berlins von 1815 bis 1939“ abschließen.

Text: BiB

Wer wird deutscher Fussballmeister? Für den bekennenden FC Bayern-Fan, Fußball- und Bluesrockexperten sowie Profihobbykoch Jürgen Dorbritz kann es dafür nur eine Antwort geben. Logischerweise überreichte ihm im Rahmen seiner Abschiedsfeier vom BiB Direktor Prof. Dr. Norbert F. Schneider im Namen der Belegschaft die große Bayern-Chronik zum Selbststudium im Ruhestand. Das BiB wünscht dabei viel Spaß!
Die Redaktion von „Bevölkerungsforschung Aktuell“ bedankt sich bei einem allzeit geschätzten Gesprächspartner für viele gute Ideen und unzählige Beiträge im Heft – immer hochkompetent und (fast) immer pünktlich.
(Bildtext: Bernhard Gückel, Bild: BiB)

Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Neu am BiB ist **Nils Witte, PhD**. Er arbeitet seit dem 1. März 2018 im Forschungsbereich Migration und Mobilität als wissenschaftlicher Mitarbeiter und unterstützt das Projekt „German Emigration and Remigration Study“. Herr Witte hat Sozialwissenschaften in Mannheim, Bremen und Florenz studiert und in Bremen promoviert.

Die Soziologin **Almut Schumann** verstärkt ebenfalls seit dem 1. März 2018 den Forschungsbereich „Familie und Fertilität“ des BiB. Sie hat in Bremen und in Köln Soziologie sowie empirische Sozialforschung studiert. Am BiB widmet sie sich vor allem dem Projekt „Generations and Gender Programme“.

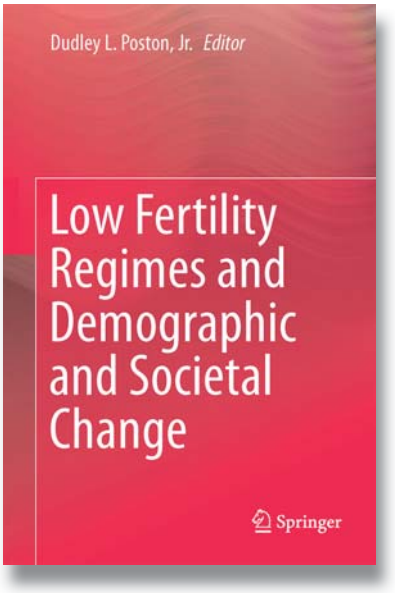
Der Politikwissenschaftler **Martin Weinmann** arbeitet seit dem 1. März 2018 am BiB im Projekt „Kulturelle Diversität in der Bundesverwaltung“ mit. Er absolvierte sein Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Buch im Blickpunkt

Dudley J. Poston, Jr. (Hrsg.): Low Fertility Regimes and Demographic and Societal Change

Wie wirken sich dauerhaft niedrige Geburtenraten langfristig auf die demografischen und sozialen Strukturen und Prozesse der betroffenen Länder aus? Diese Frage steht im Zentrum des Bandes. Am Beispiel von Ländern wie den USA, Südkorea und China wird der Zusammenhang mit Blick auf die demografischen Dynamiken und den gesellschaftlichen Wandel untersucht.

So gibt Dudley L. Poston, Jr. im Eröffnungskapitel einen Überblick über die theoretischen Grundlagen für die Analyse von Niedrigfertilitätsländern. Dabei widmet er sich zwei entscheidenden klassischen Theorien: der des ersten demografischen Übergangs sowie der des zweiten demografischen Übergangs seit Mitte der 1960er Jahre. Aus seiner Perspektive fehlt beiden Theorieansätzen eine Einbeziehung der bedeutenden Rolle der internationalen Migration auf die Bevölkerungsentwicklung, was mittlerweile zur Formulierung einer Theorie des dritten demografischen Übergangs geführt hat. Dieser von David Coleman formulierte Ansatz versucht eine Erklärung für die signifikanten Veränderungen in der Zusammensetzung der nationalen Bevölkerungen und ihrer Kultur sowie ihrer selbstwahrgenommenen Identität vor dem Hintergrund der Zuwanderung zu geben.



Das Buch:
Dudley J. Poston, Jr. (Hrsg.):
Low Fertility Regimes and Demographic and Societal Change
Springer International Publ. 2018
ISBN 978-3-319-64061-7 (Print)

Divergenz oder Konvergenz der Fertilitätsentwicklung?

In Kapitel 2 wagt Franceso C. Billari einen Blick in die Zukunft der Fertilitätsentwicklung. Er stellt die Frage, inwieweit sich die Fertilitätsniveaus auf der Welt angleichen bzw. noch stärker divergieren werden, gerade in den entwickelten Gesellschaften. Bisherige expertenbasierte Voraussagen lassen große Unterschiede in der Einschätzung der weiteren Entwicklung erkennen. Dabei lassen sich mit Bezug auf die Unterschiede zwischen den Gesellschaften zwei wissenschaftliche Positionen herausdestillieren: Die einen sehen eine langfristige Angleichung der Fertilitätsentwicklung in allen Ländern durch parallel verlaufende Prozesse wie den zweiten demografischen Übergang sowie die Geschlechterrevolution. Die Vertreter der anderen prophezeien die Etablierung von ausgeprägten stabilen Fertilitätsregimen, die auch als Unterscheidungsmerkmal von Gesellschaften dienen können. Somit stellt sich für die Analyse die Frage, inwieweit die skizzierte Entwicklung zu einer großen Divergenz zwischen den Gesellschaften mit stabilen Fertilitätsniveaus (mit knapp 2 Kindern je Frau) und jenen mit einer Fertilität von unter einem Kind je Frau am Ende führt. Bestätigt würde diese Annahme durch die gemessene Zunahme einer großen Variabilität bei den Fertilitätsniveaus vieler Länder seit den frühen 1990er Jahren und ihre allmähliche Stabilisierung nach 2005.

Die Analyse bestätigt eher eine Abweichung als eine Anpassung der Fertilitätslevels: Nord- und Westeuropa sowie Nordamerika und die ozeanischen Länder weisen Fertilitätsniveaus nahe am Reproduktionsniveau auf, während die ost- und zentralasiatischen, ost- und südosteuropäischen Länder näher an einem Kind je Frau liegen. Allerdings ist es gegenwärtig noch zu früh, um diese Spaltung als dauerhaft stabile „große Divergenz“ zu definieren.

Natürlicher Bevölkerungsrückgang in Südkorea

Mit dem natürlichen Bevölkerungsrückgang (d. h. mehr Sterbefälle als Geburten) im Kontext von Niederigstfertilitätsländern befassen sich in Kapitel 3 Nayoung Heo und Dudley L. Poston, Jr. am Beispiel der Situation Südkoreas zwischen 2005-2014. Der Beitrag zeichnet zu-

nächst die Entwicklung des Landes im Prozess der demografischen Übergänge nach und betrachtet vor allem den steilen Rückgang der TFR von 6,3 Kindern je Frau im Jahr 1950 auf 1,1-1,2 zwischen den Jahren 2005-2015, wobei zwischen der Entwicklung in den Städten und den Regionen unterschieden wird. Dabei bestätigt sich in vielen Regionen Südkoreas ein natürlicher Bevölkerungsrückgang, der neben der schrumpfenden Fertilität zusätzlich durch Abwanderungsprozesse verschärft wird. Demzufolge wird auch in Zukunft von einer Schrumpfung der Bevölkerung auszugehen sein. Schließlich leben in den bereits schrumpfenden Regionen Südkoreas weniger potenzielle Mütter, so dass ein Bevölkerungsanstieg durch steigende Fertilität kaum zu schaffen sein dürfte. Zudem ist es unwahrscheinlich, dass junge Frauen aus den großen Städten mit Bevölkerungswachstum in die nichtstädtischen und ländlichen Regionen mit einer schrumpfenden Bevölkerung umsiedeln. Mit einer schwindenden Bevölkerung im gebärfähigen Alter in den Regionen mit sowieso schon niedrigen Bevölkerungszahlen, niedriger Fertilität und einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung erscheint ein weiterer natürlicher Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahrzehnten unvermeidlich – mit Folgen für die bisher bevölkerungsreichen Regionen, die allgemeine ökonomische Lage sowie den regionalen und internationalen Wettbewerb.

Lebenserwartung in den USA im internationalen Vergleich

Mit den Lebenserwartungsmustern und den Mortalitätsraten in den USA im internationalen Vergleich beschäftigen sich in Kapitel 4 Richard Rogers, Elizabeth Lawrence und Robert Hummer. Ihre Analyse bestätigt einen zunächst über Jahrzehnte anhaltenden kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung in den Vereinigten Staaten. Gleichzeitig wird aber deutlich, dass die Lebenserwartung unter der von vielen Staaten mit einem sehr niedrigen Geburtenniveau liegt. Dies liegt aber nicht ausschließlich am Land selbst, sondern daran, dass die Geschwindigkeit des Anstiegs der Lebenserwartung in ökonomisch hochentwickelten Niedrigfertilitätsstaaten wie etwa Südkorea deutlich schneller vorangeschritten ist. Nichtsdestotrotz wird ein weiterer künftiger Anstieg der Lebenserwartung in Amerika davon abhängen, inwieweit sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen umgesetzt werden können, die vor allem die soziale Ungleichheit, das Gesundheitsverhalten, den Zugang zum Gesundheitswesen und die Einschränkung von Gewalttaten fokussieren.

Die Folgen rückläufiger Fertilität für den Arbeitsmarkt

Wie wirkt sich der Rückgang der Fertilität der einheimischen Bevölkerung auf das Angebot an niedrigqualifizierten Arbeitskräften in den USA aus? Gibt es einen Konkurrenzkampf durch die Zuwanderung von Migranten bei den Jobs für Niedrigqualifizierte? Diesen Fragen gehen Susan Brown, Frank Bean und James Bachmeier in Kapitel 5 nach. Bisherige Studien haben gezeigt, dass der Zustrom niedrigqualifizierter Migranten keineswegs negative Folgen für die Arbeitsplätze bzw. das Lohnniveau der einheimischen amerikanischen Arbeitnehmer hat. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass der Anteil der niedrigqualifizierten jungen US-Amerikaner im erwerbsfähigen Alter an der Bevölkerung in den letzten 25 Jahren aufgrund der schrumpfenden Fertilität zurückgegangen ist. Und auch der Blick in die demografische Zukunft verheißt keine Besserung: Bis zum Jahr 2030 wird sich das Defizit in dieser Bevölkerungsgruppe noch verstärken. Mit dieser Entwicklung wird sich auch die Zuwanderungspolitik befassen müssen, zumal die amerikanische Bevölkerung zunehmend akademische Bildungsabschlüsse anstrebt und auch dadurch immer weniger Menschen für einfache Tätigkeiten zur Verfügung stehen.

Alterung der Bevölkerung und die Folgen für das Wachstum

Die Kombination niedriger Fertilität und Mortalität führt unweigerlich zum Altern der Bevölkerung. Dieses Phänomen ist ein Produkt der Industrialisierung und des ökonomischen Fortschritts und kann am Ende zum Rückgang des Wachstums führen, meint Samsik Lee in Kapitel 6. Er richtet zunächst den Blick auf den Altenquotient, also das Verhältnis der Personen im Alter von 65 und älter zu denen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 bis 64 Jahren. Im weltweiten Ländervergleich wird gezeigt, dass im Jahr 2100 Südkorea mit 74,4 den höchste Altenquotient haben wird. Somit werden dann ungefähr 75 Ältere in der südkoreanischen Bevölkerung auf 100 Personen in der Gruppe der Erwerbsfähigen kommen. Wie dramatisch diese Situation ist, zeigt aber erst der längerfristige Blick: So wird in den 150 Jahren zwischen 1950 und 2100 die Zahl der Älteren pro 100 Erwerbstätige in Südkorea um

das 15-fache angewachsen sein. Dies hat vor allem Folgen für das ökonomische Wachstum.

Verbessert ein niedriges Fertilitätsniveau die Chancen der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe?

Man könnte vermuten, dass der Rückgang der Fertilität auch das Leben der Frauen berührt, die sich nun nicht mehr der Kinderbetreuung widmen müssen, sondern stärker am Erwerbsleben beteiligen und höhere Qualifikationen anstreben können, wie Nancy E. Riley in Kapitel 7 betont. Dies bestätigt sich aber nicht. Vielmehr ähnelt die „neue" Situation in vielerlei Hinsicht der der Frauen in Hochfertilitätsländern. So setzt sich auch in einer Gesellschaft mit niedrigem Fertilitätsniveau nicht automatisch mehr Geschlechtergleichheit durch. Die Ungleichheit äußert sich nur in neuen Formen, wie an den Beispielen mehrerer Länder dokumentiert wird. Es zeigt sich, dass ein Anstieg der Geschlechtergleichheit nicht automatisch mit einem Rückgang der Fertilität auf ein sehr niedriges Niveau verknüpft ist. Vielmehr wird deutlich, dass in vielen Niedrigfertilitätsgesellschaften Mutterschaft neuen Belastungen ausgesetzt ist, so dass eine Mutter mit einem oder zwei Kindern letztlich genauso viel Zeit für die Betreuung aufbringen muss, wie die Mütter früherer kinderreicherer Generationen. Diese intensive Mutterschaft unterscheidet sich allerdings von Gesellschaft zu Gesellschaft. Letztlich haben Frauen keineswegs notwendigerweise vom Übergang zu niedriger Fertilität profitiert. Ursache hierfür sind vor allem die festgefahrenen Strukturen in der Gesellschaft, die Frauen besonders dann spüren, wenn sie Mutter geworden sind.

Niedrige Fertilität und Partnerschaftszufriedenheit

Der Fertilitätsrückgang in vielen Ländern verändert auch das Zusammenleben von Paaren, wie Linda J. Waite und Juyeon Kim in Kapitel 8 aufdecken. In dem Maße, in dem die Fertilität innerhalb von Ehen und Partnerschaften zurückgeht, wandeln sich damit die Rollen der Partner. In welcher Weise, untersucht der Beitrag am Beispiel von Veränderungen im sexuellen Verhalten älterer Erwachsener in den USA. Dabei richtet sich der vergleichende Blick auf die Unterschiede in Niedrig- und Hochfertilitätsgesellschaften. Die Resultate deuten darauf hin, dass nur etwa ein Drittel der untersuchten Paare im höheren Alter in den USA vollkommen glücklich mit dem Ausmaß an Unterstützung sind, die sie vom Partner/der Partnerin bekommen. Die anderen zwei Drittel nehmen negative Tendenzen in ihrer Beziehung wahr (wie mangelnde Unterstützung oder Kritik durch den Partner). Dies hat wiederum Folgen: So machen sie weniger Aktivitäten gemeinsam, darunter auch Sex. Dieses hohe Maß an Unzufriedenheit in der Beziehung ist Anlass zur Sorge, gerade im Hinblick auf die Folgen für die geistige und physikalische Gesundheit im höheren Alter. Diese Situation gilt auch für Länder mit niedriger Fertilität: So führt ein Leben ohne bzw. mit einem Kind nicht notwendigerweise zu einem grundsätzlich positiveren Blick auf die eigene Beziehung zwischen verheirateten bzw. zusammenlebenden Paaren.

Gibt es in Ostasien Anpassungsprozesse der Familienmuster an das westliche Modell?

Dieser Frage geht Gavin Jones in Kapitel 9 nach. Aufbauend auf der vor über 50 Jahren von William Goode aufgestellten Hypothese einer allmählichen Anpassung der Familienmuster von Entwicklungsländern an die westlichen Industrieländer im Verlauf ihres Entwicklungsprozesses, stellt er die heutige Gültigkeit dieser Annahme in Frage. So besteht ein wesentliches Problem darin, dass sich das westliche Familienmodell seither selbst fundamental verändert hat: So wurde beispielsweise das Modell des „männlichen Ernährers" mittlerweile in vielen westlichen Ländern modifiziert. Die Idee einer Konvergenz der ostasiatischen Niedrigfertilitätsländer wird damit durch einen steten Wandel der Partnerschaftsmuster westlicher Gesellschaften in Frage gestellt. Gleichwohl haben sich mittlerweile auch die Heiratstrends in Asien zunehmend verändert. Gab es über Jahrzehnte einen Anstieg des Alters bei der Erstheirat in allen asiatischen Gesellschaften zu beobachten, so muss seit geraumer Zeit ein Rückgang in Sri Lanka, Indonesien und Vietnam konstatiert werden. Analysen der Tempoeffekte auf die Fertilität in Ostasien weisen zudem darauf hin, dass der Aufschub der Heirat in ein höheres Alter künftig zum Erliegen kommt. Gleichzeitig wird durch das Nachholen aufgeschobener Kinderwünsche von einem Anstieg der Fertilität ausgegangen.

Zwischen Armut und Diskriminierung: Düstere Aussichten für benachteiligte Kinder in den USA

Mit den veränderten Lebensumständen von Kindern in der amerikanischen Gesellschaft sowie dem Einfluss von

Armut und ökonomischer Ungleichheit auf ihre künftige Situation beschäftigen sich Daniel T. Lichter und Zhenchao Quian in Kapitel 10. Sie weisen darauf hin, dass das Fertilitätsgeschehen zunehmend von den ethnischen Minderheiten dominiert wird, während die Geburtenzahlen der nicht-hispanischen Weißen in dramatischer Weise zurückgehen. Damit entwickelt sich eine soziale Situation, in der der Lebenslauf für eine große Anzahl der Immigrantenkinder durch Armut und schwierige Lebensverhältnisse bestimmt sein wird.

Es wird argumentiert, dass dazu auch die Folgen des zweiten demografischen Übergangs beitragen. Sie verstärken die Ungleichheit noch dadurch, dass die Kinder der ethnischen Minderheiten in unverhältnismäßiger Weise die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung und zugleich einen beispiellosen Wandel der Familie erfahren. Am Ende der Entwicklung zeichnet sich eine Minderheits-Mehrheits-Gesellschaft ab, in der sich die Lebensumstände für diese Gruppen weiter verschlechtern werden. Symptome dafür sind ein löchriges soziales Netz, hohe Kriminalität, Rassentrennung, Armut, schlechtausgestattete öffentliche Schulen sowie ein polarisiertes politisches System, das die Lösung der Probleme weiter verschärft.

Dieser beschriebene unaufhaltsame Prozess ethnischen und sozialen Wandels wird die USA in naher Zukunft durchgreifend verändern. Die demografischen Prognosen für die nächsten Jahrzehnte lassen kaum Raum für eine positivere Einschätzung der Situation in den USA.

Die Rolle der Politik bei der Steuerung der Fertilität

Wie bedeutsam sind die politischen Akteure für die Steuerung der Fertilitätssituation in Niedrigfertilitätsländern? Dieser Frage geht Michael S. Teitelbaum in Kapitel 11 am Beispiel von Südkorea nach. Es wird gezeigt, dass das Land während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchaus eine politische Erfolgsgeschichte bei der Modifizierung der demografischen Faktoren durchlaufen hat. Dies gilt besonders bei der Reduktion der Mortalität und der sehr hohen Fertilität. Insofern ähnelt die koreanische Erfahrung in vielerlei Hinsicht der Entwicklung in den zwei anderen asiatischen Tigerstaaten, Japan und China. Daraus entwickelte sich eine Eigendynamik, die im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen zur heutigen Fertilitätssituation geführt hat. Aktuell steht das Land demografisch vor einer doppelten Herausforderung: einer Kombination von Geburtenraten auf niedrigstem Niveau und einem Anstieg der demografischen Alterung. Die Regierung hat in den 2000er Jahren auf diese Entwicklung im Rahmen von Fünf-Jahres-Plänen mit entsprechenden familienpolitischen Maßnahmen reagiert. Diese breite und ambitionierte Agenda wirkt sich allerdings nicht sofort aus. So zeigen demografie- und familienpolitische Maßnahmen meist erst nach Jahrzehnten die gewünschten Effekte.

Insgesamt wird den Gestaltungsmöglichkeiten von Politik hier eine große Bedeutung beigemessen. Entscheidend sind allerdings auch kulturelle Elemente, was etwa das Heiratsverhalten oder die Kinderwünsche der jüngeren Frauen und Kohorten angeht. Nicht zuletzt spielt auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt eine große Rolle: Die Frage „Kind oder Karriere“ bzw. Benachteiligungen am Arbeitsplatz sind nach wie vor zentrale Probleme für junge Frauen in Südkorea.

Rückgang der Fertilität und Folgen für die Religion in der Gesellschaft

Mit der Frage, welche Rolle die Religion bei den demografischen Veränderungen gerade in Ostasien spielt, befassen sich Christopher G. Ellison, Xiahoe Xu und Andrea L. Ruiz.

Sie weisen darauf hin, dass die positive Beziehung zwischen einem höheren Fertilitätsniveau und hoher Religiosität in der Forschung häufig betont wird. Daher wird in Kapitel 12 die Verbindung zwischen dem Geburtenrückgang und den Mustern der individuellen Religiosität untersucht. Allerdings wird der kausale Zusammenhang in umgekehrter Richtung betrachtet als üblich, indem davon ausgegangen wird, dass ein Fertilitätsrückgang möglicherweise Folgen für die religiöse Einstellung haben könnte (und nicht umgekehrt).

Aus der Analyse wird ersichtlich, dass die Verbindung zwischen Religion und Fertilitätsniveau letztlich in zweierlei Richtung verläuft: Obwohl die meisten Studien den Einfluss der Religion bzw. religiöser Gruppen auf die Fertilitätsmuster betonen, lohnt sich der Aufwand, auch die Effekte langfristiger Fertilitätsveränderungen auf die Religion zu untersuchen.

Die empirischen Befunde belegen eine Annahme für die Länder des Westens, dass der Wandel von traditionellen Familienstrukturen und der Rückgang der Fertilitätsraten die Bedeutung religiöser Institutionen, Praktiken

und Werte untergraben. Pessimistisch betrachtet könnte dies zu einer Erosion der Sichtbarkeit und des Einflusses der Religion in vielen Regionen der Welt führen. Als Konsequenz wird der Prozess der Säkularisation weiter voranschreiten. Trotz der Plausibilität dieser Annahmen sind angesichts vielerlei Unsicherheiten allerdings auch alternative Annahmen denkbar.

Bernhard Gückel, BiB

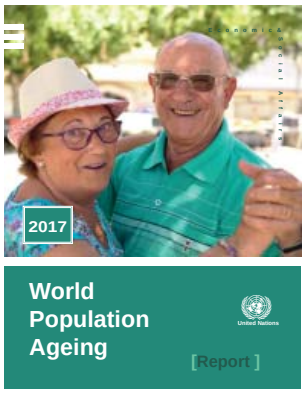
Kurz vorgestellt

Anna Monz:
Mobile Arbeit, mobile Eltern. Körperliche und virtuelle Kopräsenz in der Paarbeziehung berufsmobiler Eltern

Anna Monz zeigt die Auswirkungen beruflicher Mobilitätsanforderungen auf die Konstitution und Gestaltung von Paarbeziehungen in Familien. Dabei stellt sie unterschiedliche Formen der Kopräsenz vor und diskutiert die verbindende und trennende Wirkung digitaler Kommunikationsmedien.

Mobile Arbeit in einer digitalisierten Arbeitswelt führt zu einem neuen Schub der Entgrenzung und Vermischung von Arbeit und Familie. Elternpaare stehen dadurch vor neuen Herausforderungen: Sie müssen Paarbeziehung in Abwesenheit gestalten und mit vielfältigen und sich vermischenden virtuellen und körperlichen Formen des Zusammenseins umgehen. Dazu gehören sowohl der Umgang mit Emotionen als auch die Gestaltung des Familienalltags und die paarinterne Arbeitsteilung. (Verlagstext)

UN Department of Economic and Social Affairs Population Division:
World Population Ageing 2017. New York



Die Alterung der Weltbevölkerung schreitet weiter voran. Fast jedes Land auf der Welt erfährt eine Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Der Report dokumentiert die bedeutenden Veränderungen der Altersstrukturen und gibt auf der Grundlage der aktuellen "World Population Prospects" der UN einen Einblick in die künftigen Trends der demografischen Alterung. Dabei werden auch die Lebensumstände von Älteren auf der Welt betrachtet. (Text: UN, B. Gückel)

Impressum

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 2/2018 – 39. Jahrgang
Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de
Internet: www.bib.bund.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0220184
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 2/2018 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.